



Institut für Föderalismus
Institut du Fédéralisme
Institute of Federalism

JAHRESBERICHT RAPPORT ANNUEL

2019

2019

2019

Inhaltsverzeichnis

	WORT DES PRÄSIDENTEN	3
1.	VORWORT	4
1.1	Grundfinanzierung	4
1.2	Statuten und Organisationsstruktur	4
1.3	Personalia	5
1.4	Ausblick und Dank	5
2.	DAS JAHR 2019 IM ÜBERBLICK	6
	Nationaler Bereich	6
	Internationaler Bereich	6
3.	IM FOKUS	8
3.1	Rechtsabklärungen und Rechtsgutachten	8
3.2	Myanmar (ehemals Burma) und der Föderalismus: ein weiter Weg	9
3.3	Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR)	11
4.	ORGANISATION	13
4.1	Interne Entwicklungen	13
4.2	Institutsrat	13
4.3	Mitarbeitende	14
4.4	Organigramm	16
5.	DIE TÄTIGKEITSBEREICHE IM EINZELNEN	17
5.1	Forschung und Publikationen	17
5.2	Expertisen	19
5.3	Study Tours	21
5.4	Weiterbildungen	22
5.5	Vorträge und Konferenzen	22

Table des matières

	MOT DU PRÉSIDENT	28
1.	AVANT-PROPOS	29
1.1	Financement de base	29
1.2	Statuts et structure de l'organisation	29
1.3	Personnel	30
1.4	Perspectives et remerciements	30
2.	L'ANNÉE 2019 EN BREF	31
	Domaine national	31
	Domaine international	31
3.	SOUS LA LOUPE	34
3.1	Expertises juridiques et avis de droit	34
3.2	Le Myanmar (ex-Birmanie) et le fédéralisme: un si long chemin ...	35
3.3	Le Centre suisse de compétence pour les droits humains (CSDH)	37
4.	ORGANISATION	39
4.1	Développements internes	39
4.2	Conseil de l'Institut	39
4.3	Collaboratrices et collaborateurs	40
4.4	Organigramme	42
5.	LES DIFFÉRENTS DOMAINES D'ACTIVITÉ	43
5.1	Recherche et publications	43
5.2	Expertises	45
5.3	Study Tours	47
5.4	Formation continue	47
5.5	Conférences	48

WORT DES PRÄSIDENTEN

Die Kantone haben das Institut für Föderalismus im Jahr 1983 ins Leben gerufen. Mit seinem fast 40-jährigen Bestehen kann das Institut auf eine lange Geschichte zurückblicken, in welcher es sich einen soliden Ruf erarbeitet hat: denjenigen als eine Expertenstelle, deren Wissen und Rat in der Schweiz und über die Landesgrenzen gefragt und gesucht ist; denjenigen als hartnäckiger und kritischer Beobachter des Föderalismus, dessen Entwicklungen es nachzeichnet, neue Herausforderungen aufzeigt und mögliche Risiken einschätzt. Der Föderalismus ist ein fein abgestimmter Mechanismus, der von den Kantonen geregelt wird und dessen komplexes Getriebe manchmal auf Sandkörner trifft. Solche Fälle gilt es zu identifizieren und Lösungen in einem Geist der Offenheit und des Respekts zu erarbeiten. In dieser Hinsicht nimmt das Institut für Föderalismus eine führende Rolle ein. Es berät, begleitet und unterstützt. Die erzielten Fortschritte dürfen jedoch nicht als selbstverständlich betrachtet werden. Die Vielfalt, der Multikulturalismus, die verschiedenen Standpunkte und Sichtweisen, welche die Stärke und den Reichtum des Föderalismus ausmachen, können nur in einer Beziehung der Achtung und des gegenseitigen Verständnisses vollständig ihren Ausdruck finden. Gleichenfalls vermag der Föderalismus nur dann eine Nähe zwischen den Bürgern und den politischen Behörden zu ermöglichen, wenn er sichtbar und nachvollziehbar ist. Der Föderalismus muss also gepflegt, verteidigt und gefördert werden, sei es im Ausland beim Aufbau demokratischer Staatsformen oder in der Schweiz angesichts sich abzeichnender Zentralisierungstendenzen.



Heute steht das Institut für Föderalismus an einer Schlüsselstelle. Die Aufrechterhaltung qualitativ hochwertiger Dienstleistungen und die Fähigkeit, angemessen auf Anforderungen zu reagieren und gleichzeitig seine Aufträge weiterzuentwickeln, erfordern erweiterte und langfristig abgesicherte finanzielle Mittel. Zu diesem Zweck wurde auf Bundesebene interpelliert und das Bundesparlament durch eine Kommissionsmotion einbezogen. Letztere fordert eine Grundfinanzierung für das Institut als Kompetenzzentrum. Der Antrag wurde von Nationalrat angenommen. Diese Entscheidung ist ein willkommenes Zeichen der Anerkennung. Sie steht aber auch für eine Forderung, mehr tun zu müssen: mehr für einen engagierten und zukunftsorientierten Föderalismus.

Pascal Broulis, Präsident

1 VORWORT

Schon wieder ist für das Institut ein ereignisreiches Jahr zu Ende gegangen. Auch im Jahr 2019 hat sich viel getan in Sachen Föderalismus – sowohl in der Schweiz als auch in vielen anderen Ländern, mit denen das Institut zusammenarbeitet. Angesichts der zahlreichen Entwicklungen, die das Verhältnis von Bund, Kantonen und Gemeinden betreffen, und der institutionellen Instabilität verschiedener Staaten waren die Dienstleistungen des Instituts auch in diesem Jahr sehr gefragt.

Der vorliegende Jahresbericht verschafft den institutionellen Trägern des Instituts sowie der interessierten Öffentlichkeit in kondensierter Form eine Übersicht über die vielfältigen Aktivitäten und die Finanzen des Instituts. Im Folgenden sollen aber vorerst einige Punkte hervorgehoben werden, die uns neben dem Alltagsgeschäft in besonderer Weise beschäftigt haben.

1.1 Grundfinanzierung

Seit dem Wegfall des langjährigen Vertragsverhältnisses mit der DEZA im Jahre 2017 wird das Institut im Wesentlichen durch die Universität Freiburg finanziert. Während sich im nationalen Bereich die ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit, der Kanton Freiburg und das Fürstentum Liechtenstein an der Finanzierung der Grundstrukturen des Instituts beteiligen, fehlt eine solche Beteiligung für die Dienstleistungen im internationalen Bereich gänzlich. Die Anfragen aus dem In- und Ausland für solche Dienstleistungen sind aber nach wie vor sehr hoch. Weil es dem Institut an den Grundstrukturen fehlt, mit denen – vergleichbar einer «Permanence» – Anfragen zeitgemäss und kompetent behandelt werden können, war es leider nicht möglich, auf alle Wünsche nach Unterstützung und Beratung einzugehen.

Vor diesem Hintergrund hat der Ständerat bereits im Jahre 2018 eine Motion des ehemaligen Ständerats *Beat Vonlanthen* (Langfristiges Sicherstellen qualitativ hochstehender Dienstleistungen für andere Staaten und im Inland) mit grosser Mehrheit angenommen. Die staatspolitische Kommission des Nationalrats hat diese Motion umformuliert. Die neue Motion verlangt nun vom Bundesrat, dass er sich an der Finanzierung des Kompetenzzentrums für Föderalismus in angemessener Weise beteiligt. Der Nationalrat hat diese Forderung im September 2019 deutlich angenommen. Der Ständerat wird die Motion als Zweitrat voraussichtlich im März 2020

behandeln. Da der Ausgang dieses politischen Vorstosses ungewiss ist und selbst bei einer Annahme die Umsetzung einige Zeit für sich in Anspruch nehmen dürfte, hat das Institut mit dem EDA Kontakt aufgenommen, um unabhängig davon zumindest für eine Übergangsphase eine Grundfinanzierung für die Dienstleistungen im internationalen Bereich zu verhandeln. Die Gespräche sind immer noch im Gang. Wir sind zuversichtlich, dass im kommenden Jahr die Weichen für die Zukunft des Instituts gestellt werden können.

1.2 Statuten und Organisationsstruktur

Auf Vorschlag des Institutsrats hat der Fakultätsrat der Rechtswissenschaftlichen Fakultät im Dezember 2019 eine Totalrevision der Statuten des Instituts angenommen. Diese beinhalten neben Anpassungen an geänderte reglementarische Grundlagen der Universität und Fakultät auch einige inhaltliche Änderungen. So wurde beispielsweise der Institutsrat von maximal 25 auf maximal 13 Mitglieder verkleinert. Um den verschiedenen Tätigkeitsbereichen und Partnern sowie der unterschiedlichen Finanzierungsstruktur des Instituts Rechnung zu tragen, ist neu vorgesehen, dass das Institut ein nationales und ein internationales Zentrum mit getrennter Rechnung führt. Damit werden die Dienstleistungen, die das Institut für Bund, Kantone und Gemeinden in der Schweiz erbringt, klarer von den Dienstleistungen abgegrenzt, die ausländischen Akteuren, namentlich Partnern der Entwicklungszusammenarbeit, zu Gute kommen. Es versteht sich dabei von selbst, dass die beiden Zentren weiterhin eng zusammenarbeiten und Synergien nutzen werden. Des Weiteren ermöglichen es die Statuten nun, auch Professorinnen und Professoren anderer Fakultäten in die Direktion zu wählen. Damit soll es dem Institut in Zukunft noch besser möglich sein, der Interdisziplinarität des Themas Föderalismus Rechnung zu tragen und Expertinnen und Experten der Politik- und Wirtschaftswissenschaften in die Leitung einzubinden. Die neuen Statuten müssen noch vom Rektorat und vom Senat der Universität genehmigt werden.

Auch die Beteiligung des Instituts am Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR) hat das Institut beschäftigt, da die Zukunft des Pilotprojekts des Bundes während mehrerer Jahre unsicher war. Am 13. Dezember dieses Jahres ging die Zeit des Wartens auf einen Entscheid des Bundesrats nun endlich zu Ende. Der Bundesrat verabschiedete die Botschaft zur Errichtung

einer unabhängigen nationalen Menschenrechtsinstitution. Das neu vorgeschlagene Modell sieht eine Institution vor, die von Bund, Kantonen und Universitäten unabhängig ist und über eine eigene Rechtspersönlichkeit verfügt. Das SKMR begrüsst die Initiative, die das Potential hat, den Pariser Prinzipien zu genügen, stellt aber fest, dass die Ausstattung mit einer Million Franken ungenügend ist, falls die Unterstützung des Projekts durch die Kantone und Universitäten wegfallen sollte. Das Institut für Föderalismus ist seit seiner Gründung am SKMR beteiligt und für die institutionellen Fragen zuständig. Im kommenden Jahr wird nun die Frage im Zentrum stehen, wie der Übergang zur neuen Institution gestaltet werden kann.

1.3 Personalia

Ende November hat einer der ersten Mitarbeiter des Instituts, Pierre-Alain Carrel, seine frühzeitige Pensionierung angetreten. Herr Carrel trat 1984 als administrativer Mitarbeiter in das Institut ein, dies nur wenige Monate, nachdem das frühere Forschungsinstitut für Föderalismus und Regionalstrukturen von der ch Stiftung an die Universität Freiburg übertragen worden war. Herr Carrel war für den Empfang und für unzählige interne administrative Dienstleistungen verantwortlich. In dieser Funktion hat er die Entwicklung des Instituts hin zu einem national und international etablierten Kompetenzzentrum während Jahrzehnten miterlebt und begleitet. Herr Carrel hat sich stets mit viel Herzblut für das Institut und seine Mitarbeitenden eingesetzt und Gäste und Delegationen mit grossem Engagement willkommen geheissen und betreut. Es wird eine gewisse Zeit dauern, bis wir uns im Empfangsbereich daran gewöhnt haben, dass Herr Carrel, die allseits geschätzte «Visitenkarte» des Instituts, nicht mehr bei uns arbeitet. Wir möchten ihm an dieser Stelle nochmals herzlich für seine Treue während all dieser Jahre danken und ihm für den nun folgenden Lebensabschnitt alles Gute wünschen.

1.4 Ausblick und Dank

Neben der Fortsetzung der Bemühungen um die Sicherstellung der Grundfinanzierung der Dienstleistungen des Instituts im internationalen und im nationalen Bereich werden wir uns im kommenden Jahr auch intensiv mit der Vorbereitung der ersten Ausgabe eines

Grundlagenseminars zum Föderalismus beschäftigen. Unter der Ägide des Bundesamts für Justiz, des Ständerats, der ch Stiftung, des Schweizerischen Gemeindeverbands sowie des Schweizerischen Städteverbands wird das Institut ab 2021 ein mehrtägiges Seminar zu den Grundlagen und zur Praxis des Schweizerischen Föderalismus anbieten. Das Seminar verfolgt das Ziel, bei den Teilnehmenden das Verständnis für die föderalistisch relevanten Fragestellungen und Prozesse in politischen Sachverhalten zu fördern und anhand von konkreten Fallbeispielen zu erläutern.

Es ist uns an dieser Stelle ein grosses Bedürfnis, den Mitgliedern des Institutsrats und ganz besonders seinem Präsidenten, Pascal Broulis, Staatsrat des Kantons Waadt und Präsident der ch Stiftung, und seinem Vizepräsidenten, Jean-Pierre Siggen, Präsident des Freiburgischen Staatsrats, für den unermüdlichen Einsatz zugunsten des Instituts zu danken. Der politische Sukkurs ist für eine angemessene Grundfinanzierung der Dienstleistungen unabdingbar.

Unser Dank geht auch an alle Träger, Unterstützer und Auftraggeber sowie an die Universität Freiburg und deren rechtswissenschaftliche Fakultät. Ein ganz besonderer Dank gebührt schliesslich unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ohne ihre engagierte und kompetente Mitarbeit und ihr Mitdenken in unseren zahlreichen Projekten wäre es uns nicht möglich, auch in diesem Jahresbericht wieder über sehr viele Aktivitäten berichten zu können.

Eva Maria Belser
Bernhard Waldmann
Andreas Stöckli

2. DAS JAHR 2019 IM ÜBERBLICK

Nationaler Bereich

Im Auftrag der ch Stiftung hat das Institut auch dieses Jahr föderalismusrelevante Entwicklungen in Rechtsetzung, Rechtsprechung und Literatur verfolgt und ausgewertet. Ausserdem unterzog es im Rahmen des sog. «Föderalismus-Cockpit» (vgl. dazu den Jahresbericht 2018) ausgewählte Gesetzesentwürfe und -vorstösse aus Bund und Kantonen einer Überprüfung der Einhaltung der verfassungsrechtlichen Grundsätze. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen wurden im IFF Newsletter veröffentlicht, der auch auf der Website des Instituts abrufbar ist. Dazu kamen sechs Newsletters über kantonale Abstimmungsvorlagen.

Ansonsten nahm die Erstellung von Rechtsgutachten relativ viel Raum ein, was entsprechend viele Drittmittel generierte. Auf die Rechtsgutachten wird weiter hinten näher eingegangen (vgl. im Einzelnen Ziff. 3.1 sowie Ziff. 5.2.).

Im Bereich der Weiterbildung und des Wissenstransfers ist zunächst auf die Murtner Gesetzgebungsseminare zu verweisen. 2019 führte das Institut je ein Seminar zur Rechtsetzungsmethodik (zusammen mit dem Zentrum für Rechtsetzungslehre der Universität Zürich) und zur Erlassredaktion (zusammen mit der Bundeskanzlei und dem Bundesamt für Justiz) durch. Das Institut bereitete zudem zuhanden einer Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundesamts für Justiz, des Büros des Ständerats, der ch Stiftung, des Schweizerischen Städteverbands sowie des Schweizerischen Gemeindeverbands ein Detailkonzept für die Durchführung von Grundlagenseminaren zu den Grundsätzen und zur Praxis des Schweizerischen Föderalismus vor. Das Detailkonzept wurde im Herbst von den Trägerschaften genehmigt. Das Seminar wird künftig unter der Ägide der genannten Trägerschaften vom Institut durchgeführt. Das erste Seminar ist für 2021 geplant. Zu erwähnen sind schliesslich die zahlreichen Vorträge der Professoren und Mitarbeitenden an Tagungen und Konferenzen (vgl. die detaillierte Liste unten Ziff. 5.4.).

Internationaler Bereich

Im Bereich der Verbesserung der Staatsorganisation war auf internationaler Ebene viel in Bewegung. Verschiedene Staaten, die seit längerem von Konflikten geprägt sind, haben Verhandlungen aufgenommen oder fortgesetzt, an vielen Orten sind Menschen auf die Strasse gegangen, um gegen diktatorische oder korrupte Machthaber aufzubegehren, andere Staaten haben ihre Bemühungen

um die Föderalisierung oder Dezentralisierung ihres Staatswesens fortgesetzt. Das Institut hat diese vielfältigen Entwicklungen beobachtet und zahlreiche Gelegenheiten genutzt, seine Erfahrungen mit dem friedlichen Umgang mit Vielfalt ausländischen Partnern zur Verfügung zu stellen.

Zwei Delegationen aus Myanmar haben dieses Jahr das Institut besucht, um Unterstützung bei der Föderalisierung ihres Landes zu finden. Thea Bächler, Nicolas Schmitt und Eva Maria Belser haben aber auch verschiedene Weiterbildungs- und Beratungsmandate wahrgenommen, die uns nach Nay Pyi Taw und andere Orte des vom längsten Bürgerkrieg der Welt gezeichneten Landes geführt haben (vgl. «im Fokus»). Im Frühjahr hat auch eine Delegation aus Italien unter der Leitung von Minister Riccardo Fraccaro dem Institut einen Besuch abgestattet. Die Gäste aus dem südlichen Nachbarland haben sich neben dem schweizerischen Föderalismus besonders für sein Zusammenwirken mit der direkten Demokratie interessiert. Im Herbst verbrachte ausserdem eine Gruppe von Gouverneuren aus den Philippinen eine ganze Woche in der Schweiz, um sich vertieft mit Theorie und Praxis des Föderalismus auseinanderzusetzen. Schliesslich haben verschiedene Botschafterinnen und Botschafter die Reise nach Fribourg auf sich genommen, um Entwicklungen in ihren Ländern zu diskutieren und Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit dem Institut für Föderalismus zu diskutieren. Im Herbst ist Eva Maria Belser im Auftrag des Eidgenössischen Departements für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) nach Sri Lanka gereist, um dort – vor den Präsidentschaftswahlen, die einseitig im Zeichen von Sicherheit und Terrorismusbekämpfung standen – an verschiedenen Veranstaltungen in Colombo und Jaffna die dringlichen Themen der Gewaltenteilung und die vielfältigen Möglichkeiten der Devolution in Erinnerung zu rufen. Ebenfalls im Auftrag des EDA fand auch eine Mission in die Malediven statt. Der Inselstaat hat sich für eine tiefgreifende Dezentralisierung der staatlichen Organisation entschieden und für die Umsetzung des ehrgeizigen Programms um Unterstützung durch die Schweiz gebeten.

Nach vielen Jahren des Wartens und der fruchtlosen Bemühungen gelang es im Herbst 2019 endlich, ein Zusammentreffen der Mitglieder der syrischen Regierung, der Opposition und der Zivilgesellschaft in Genf zu organisieren und unter der Schirmherrschaft der UNO Verhandlungen für eine neue Verfassung für das kriegsgebeutelte Land aufzunehmen. Im Auftrag des vom Auswärtigen Amt

Deutschlands unterstützten Europäischen Zentrums für kurdische Studien in Berlin hat Eva Maria Belser an fünf wöchigen Workshops Mitglieder des Verhandlungskomitees ausgebildet und beraten. Auch wenn im Moment die Aussichten auf einen baldigen Erfolg der Verhandlungen düster sind, wird sich das Institut auch im kommenden Jahr dafür engagieren, die Vertreterinnen und Vertreter der Opposition und der Zivilgesellschaft mit Rat und Tat zu unterstützen. Um die Beratungen möglichst nahe an die Verhandlungen der UNO heranzuführen, werden die zukünftigen – von der EU finanzierten – Aktivitäten voraussichtlich in Genf stattfinden.

Das EU-Projekt LoGov, das sich mit den wachsenden Gräben zwischen urbanen und ruralen Gemeinden beschäftigt und achtzehn Forschungspartner vereint, hat im Jahre 2019 seinen Anfang genommen. Nach einer Kickoff-Veranstaltung in Bozen und einem Koordinationstreffen in München haben Flavien Felder und Eva Maria Belser im Rahmen von Forschungsaufenthalten in Argentinien, Äthiopien und Singapur die Arbeiten an den Falldossiers an die Hand genommen. Das auf mehrere Jahre angelegte Forschungsprojekt soll Aufschluss darüber geben, wie Bundesstaaten auf das zunehmende Gewicht von Metropolitanregionen und die Marginalisierung ländlicher Gebiete reagieren. Auch das interdisziplinär angelegte SNF-Forschungsprojekt zum nachhaltigen Handel mit landwirtschaftlichen Gütern, an dem das Institut beteiligt ist, hat 2019 zu ersten Treffen geführt. Sein Ziel ist es, Vorschläge dafür zu entwickeln, wie die Schweiz die neue Verfassungsbestimmung zur Ernährungssicherheit umsetzen kann, ohne dadurch völkerrechtliche Verpflichtungen zu verletzen.

In Zusammenarbeit mit Bozen und Canterbury hat im Mai ein interdisziplinärer Workshop zum Thema «Federalism and Conflict Resolution» stattgefunden, an dem anhand verschiedener Fallstudien untersucht wurde, welche Rolle föderale Modelle der Staatsorganisation bei der Beilegung interner Konflikte und beim friedlichen Umgang mit separatistischen Bewegungen spielen können. Die Ergebnisse des Autorenworkshops werden bei McGill University Press erscheinen. Die Planungen für den nächsten Workshop sind bereits im vollen Gang. Dieser wird im Jahre 2020 in Canterbury stattfinden und das Thema der natürlichen Ressourcen ins Zentrum des Interesses rücken. In der von Sören Keil und Eva Maria Belser herausgegebenen Palgrave Serie zum Thema «Federalism and Internal Conflicts» sind in 2019 zwei neue Bände erschienen. Einer befasst sich vergleichend mit verfassungsrechtlichen

Asymmetrien in multinationalen Bundesstaaten, der andere mit der föderalen Volkswirtschaft in Nigeria (vgl. die Auflistung unten). Die Zusammenarbeit mit unseren Partnerinstitutionen erstreckt sich weiterhin auch auf die Weiterbildung; verschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben deshalb auch dieses Jahr an Veranstaltungen in Bozen, Canterbury, Innsbruck und Nizza mitgewirkt. Schliesslich arbeitet das Institut auch mit dem Euro-parat weiterhin partnerschaftlich zusammen. An ihrer Sitzung im Herbst hat die Group of Independent Experts der European Charter of Local Self-Government (GIE) Eva Maria Belser zu ihrer Vizepräsidentin gewählt.

Die langjährige Zusammenarbeit mit dem Centre for Federal Studies and Governance in Addis Ababa konnte im Jahre 2019 ebenfalls weitergeführt werden. Die internationale Konferenz in Addis, die wiederum in Zusammenarbeit zwischen Addis Ababa, Bozen, Cape Town und Fribourg organisiert wurde, widmete sich dem Umgang mit sprachlicher Vielfalt auf allen Ebenen mehrstufiger Staaten. Die Konferenz stand vor allem im Zeichen der aktuellen äthiopischen Auseinandersetzungen über die Frage, ob die Anerkennung einer oder mehrerer weitere Arbeitssprachen neben dem Amharisch einen Beitrag zur Beilegung der wachsenden interethnischen Spannungen leisten könnte. Im Anschluss an die Konferenz fand wiederum ein mehrtägiges Seminar für die Doktorierenden des Centre for Federal Studies and Governance der Addis Ababa Universität statt. Das Institut konnte auch zwei junge Forscher aus Äthiopien bei sich willkommen heissen, die sich als Gastforschende während drei Monaten am Institut aufgehalten, von den reichhaltigen Angeboten der Bibliothek und dem wissenschaftlichen Austausch profitiert und ihre Forschungsergebnisse im Rahmen von Inhouse-Seminaren vorgestellt haben. Von der Möglichkeit von Gastaufenthalten am Institut machten ausserdem ein Forscher aus dem Iran und der Türkei sowie eine Forscherin aus China Gebrauch.

Die Konferenz der International Association of Federal Studies (IACFS) fand dieses Jahr unter der Schutzherrschaft der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer statt. Sie widmete sich dem Thema des öffentlichen Personalrechts und förderte gewaltige Unterschiede zwischen den verschiedenen Bundesstaaten zu Tage. Während einige Staaten jedem Gliedstaat zugestehen, personalrechtliche Fragen autonom zu beantworten, verfügen andere föderalistische und stark dezentralisierte über ein einheitliches

Personalrecht, das den Einheiten kaum Gestaltungsmöglichkeiten lässt. An der Konferenz konnten ausserdem neue Mitglieder in die Vereinigung aufgenommen werden, so dass die IACFS mit der UNAM Mexico endlich auch ein mexikanisches Forschungszentrum zu ihren Mitgliedern zählen kann und dank Zentren in Zaragoza und Leioa die Zusammenarbeit mit Spanien intensivieren kann.

Im Hinblick auf die Folgen von Brexit hat das schottische Parlament dem Institut ein Gutachten zum Binnenmarkt in Auftrag gegeben. Das Parlament stellte sich die Frage, wie die von Brüssel an Grossbritannien zurückgelangenden Zuständigkeiten zwischen London und Edinburgh verteilt werden können und setzte sich zu diesem Zweck mit den binnenmarktlichen Regeln Kanadas, der USA und der Schweiz auseinander. Eine Delegation des Parlaments wird im kommenden Jahr in die Schweiz reisen, um das Gutachten zu diskutieren und Binnenmarktexpertinnen und -experten von Bund und Kantonen zu befragen.

Ein weiteres Gutachten wurde von der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus in Auftrag gegeben. Es ging dabei um einen neueren Bundesgerichtsentscheid, der sich mit dem Gesetz des Kantons Neuenburg über die Lagerplätze fahrender Gemeinschaften befasste. Weil es sich bei dem neuen Gesetz um das zweite Spezialgesetz handelt, das in der Schweiz erlassen worden ist, um den Aufenthalt von Roma, Sinti und Manouches auf kantonalem Gebiet zu regeln, wünschte die EKR vom Institut eine Einschätzung über die Vereinbarkeit der vorgesehenen Regelungen mit dem übergeordneten Bundes- und Völkerrecht.

Im Rahmen des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte, dessen institutionelle Zukunft sich endlich zu klären scheint (vgl. Vorwort), waren vor allem zwei Themen prägend: Die Grundrechte älterer Menschen und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der Schweiz (vgl. «im Fokus»). Weil die Umsetzung der bundesrätlichen Vorschläge einige Zeit in Anspruch nehmen wird, wird das Pilotprojekt SKMR voraussichtlich für zwei weitere Jahre verlängert. Das Institut für Föderalismus wird sich deshalb weiterhin mit den institutionellen Aspekten der Umsetzung der Menschenrechte durch Bund, Kantone und Gemeinden befassen. Umso mehr freuen wir uns darüber, dass wir auch in Zukunft auf die Mitarbeit von Liliane Minder zählen können, die in diesem Jahr ihre Dissertation zum Umgang mit vergangenen Grundrechtsverletzungen erfolgreich abgeschlossen hat.

Im Januar wurde Eva Maria Belser mit dem Föderalismuspreis 2019 ausgezeichnet. Der Preis wurde ihr im Rahmen des ch Regierungseminars in Interlaken durch Staatsrat Pascal Broulis, Präsident der ch Stiftung, und Regierungsrätin Heidi Z'graggen, Vizepräsidentin der ch Stiftung, überreicht. Mit dem Preis würdigte die ch Stiftung die Tätigkeit des Instituts für Föderalismus in Forschung, Weiterbildung und Beratung – und spornte dieses an, auch in Zukunft sein Bestes zu geben, um den Föderalismus und seine vielfältigen Ausgestaltungen besser zu verstehen und interessierten Partnern Erkenntnisse und Erfahrungen zur Verfügung zu stellen.

3. IM FOKUS

3.1 Rechtsabklärungen und Rechtsgutachten

Das Verfassen von Rechtsabklärungen und Rechtsgutachten gehörte von Anfang an zu den Kernaufgaben des Instituts für Föderalismus. In früheren Jahren standen dabei vergleichende Darstellungen der Rechtslage in den Kantonen für bestimmte Themenbereiche im Vordergrund. Mit den digitalen Rechtsetzungsportalen (insbesondere dem System LexFind) sind solche Aufträge in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Heute dominieren Rechtsgutachten zu Fragen der verfassungsrechtlichen Kompetenzabgrenzung zwischen Bund und Kantonen, zur Ausgestaltung interkantonalen und interkommunaler Verträge und deren Auslegung oder zum finanziellen Föderalismus. Dazu kommen auch Rechtsgutachten zu anderen Fragen des Staats- und Verwaltungsrechts, wobei auch diese meistens einen mehr oder weniger direkten Zusammenhang mit dem Föderalismus aufweisen.

Eine detaillierte Auflistung der im Jahr 2019 verfassten Rechtsabklärungen und Gutachten findet sich unter Abschnitt 5.2. An dieser Stelle sollen lediglich einige speziell erwähnt werden.

So gelangte die EDK (bzw. die Konferenz der kantonalen Kulturbefragten) mit Blick auf Möglichkeiten einer Verpflichtung der Kantone, sich im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen gegenseitig zu unterstützen, an das Institut. Dieses erstellte zum einen ein Rechtsgutachten über die Tragweite und die Instrumentarien von Art. 48a BV mit dem Fokus auf den Bereich der überregionalen Kultureinrichtungen. Ausserdem wirkte es an einer Expertinnen- und Expertengruppe mit.

Ein weiterer Auftrag betraf die rechtliche Ausgestaltung der Zusammenarbeit von Freiburger Gemeinden mit Blick auf den Schutz, die

Pflege und die Planung von Landschaften von kantonaler Bedeutung. Bei Objekten, die das Territorium mehrerer Gemeinden betreffen, müssen die Gemeinden für die Erfüllung ihrer Umsetzungsaufgaben zusammenarbeiten. Das Institut erstellte eine Art «Mustervereinbarung» zuhanden des Kantons und der Gemeinden; diese soll den Gemeinden als Orientierungshilfe bei der Organisation der institutionalisierten Zusammenarbeit dienen.

Im Mai 2017 wurde vom Nationalrat ein Postulat angenommen, das den Bundesrat beauftragte, einen Vorgehensvorschlag für die Einführung einer «Personalbremse» analog der Ausgabenbremse zu unterbreiten. Ziel des Postulats ist eine Eindämmung der Regulierungsdichte, die durch die Schaffung höherer Hürden für die Zustimmung zu Erlassen, die zusätzliches Personal erfordern, erreicht werden soll. In einem Rechtsgutachten im Auftrag des Eidgenössischen Personalamts (EPA) untersuchte das Institut, wie eine «Personalbremse» ausgestaltet werden könnte und welche rechtlichen Herausforderungen sich dabei stellen. Ausserdem wurden die möglichen Folgen einer «Personalbremse» auf das Rechtsetzungsverfahren und den Parlamentsalltag analysiert. Am 20. September 2019 verabschiedete der Bundesrat seinen Bericht in Erfüllung des Postulats, der sich in nicht unwesentlichen Teilen auf das vom Institut erstellte Gutachten abstützt, und beantragte dessen Abschreibung.

Nachdem eine Werbung mit religiösem Inhalt an einem Bus der Verkehrsbetriebe der Stadt Biel sowohl in den Medien wie auch politisch für Gesprächsstoff sorgte und insbesondere ein überparteiliches Postulat mit dem Titel «Pas de prosélytisme sur nos bus» zuhanden des Gemeinderats der Stadt Biel zur Folge hatte, ersuchten die Verkehrsbetriebe Biel das Institut um eine gutachterliche Abklärung der Frage, welcher Handlungsspielraum den Verkehrsbetrieben Biel im Umgang mit religiöser und politischer Werbung zukommt. Das Gutachten hält im Wesentlichen fest, dass ein generelles Verbot religiöser und politischer Werbung an Fahrzeugen und Anlagen der Verkehrsbetriebe verfassungsrechtlich nicht haltbar ist. Im Einzelfall kann ein Verbot hingegen gerechtfertigt sein.

Mit dem Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier (EPDG) wurde auch eine neue Zulassungsvoraussetzung für Spitäler in das KVG aufgenommen, nach der sich diese innerhalb von drei Jahren nach Inkrafttreten, d.h. bis zum 14. April 2020, einer Gemeinschaft oder Stammgemeinschaft gemäss EPDG anschliessen und damit das elektronische Patientendossier betreiben müssen. Im Rahmen eines Rechtsgutachtens im Auftrag des Bundesamts für Gesundheit (BAG) ging das Institut der Frage nach, welches die

rechtlichen Konsequenzen für Spitäler sind, wenn sie dieser Verpflichtung nicht fristgerecht nachkommen. Das Gutachten kommt insbesondere zum Schluss, dass sich bei Listenspitalern eine Streichung von der Spitalliste als unverhältnismässig erweisen dürfte – eine Einschätzung, die namentlich für die für die Spitalplanung zuständigen Kantone von Bedeutung sein dürfte.

Schliesslich beschäftigte sich das Institut im Jahr 2019 im Auftrag der Direktion des Innern des Kantons Zug im Rahmen eines Gutachtens mit verschiedenen Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Kündigung der interkantonalen Vereinbarung über den Ausbau und Betrieb der Interkantonalen Försterschule Maienfeld, die vom Kanton Zug Ende 2017 auf Ende 2020 ausgesprochen worden war.

3.2. Myanmar (ehemals Burma) und der Föderalismus: ein weiter Weg

Die Geschichte in Kürze

Das im 11. Jahrhundert aus einer Vereinigung mehrerer Königreiche entstandene Burma wurde 1824 vom Britischen Empire kolonialisiert. 1948 erlangte das Land unter dem Namen «Union of Burma» seine Unabhängigkeit. Seit 1989 lautet der offizielle Name in burmesischer Sprache *Myanmar* – eine Referenz an eine einzelne, seit Langem ansässige Volksgruppe, weshalb die Bezeichnung eigentlich zu eng ausfällt.

Politischer Kontext

Neben der ethnischen Mehrheit der Birmanen finden sich in Myanmar über 130 ethnische Minderheiten mit einer eigenen Sprache und Kultur. Letztere machen fast ein Drittel der Bevölkerung aus, verteilt auf mehr als die Hälfte des Staatsgebiets. Ab 1947 kam es zu Spannungen zwischen der birmanischen Mehrheit und ethnischen Minderheiten. Aung San, der Vater von Aung San Suu Kyi, der als Vater des modernen Myanmar gilt, weil er das Land aus dem damaligen Britischen Commonwealth befreit hatte, berief ein Treffen mit Minderheitengruppen in der Stadt Panglong im nördlichen Shan-Staat ein. Er versprach, nach der Unabhängigkeit ein föderales System zu schaffen, in dem die Gleichberechtigung aller ethnischen Gruppen gewährleistet ist. Seine Bemühungen konnte er jedoch nicht umsetzen, da er kurz vor der Unabhängigkeit ermordet wurde. Infolgedessen griffen Minderheiten gegen die birmanisch beherrschte Zentralregierung zu den Waffen. Der Konflikt dauert noch immer an, was ihn zum längsten Bürgerkrieg der Welt macht.

Seit 1962 hat das Land eine Reihe von Militärdiktaturen erlebt. Zwar wurde 2011 eine zivile Regierung eingesetzt, die Macht des Militärs überwiegt aber nach wie vor. So sind beispielsweise 25 % der Parlamentssitze für nicht-gewählte Militärangehörige reserviert. Nach dem Sieg ihrer Partei, der Nationalen Liga für Demokratie (NLD), bei den Wahlen im November 2015 wurde eine Verwandte von Aung San Suu Kyi zur Präsidentin, während ihr selbst die Position als Premierministerin zukam.

Trotz seiner Schönheit und seiner natürlichen Ressourcen zählt Myanmar zu den fragilsten Staaten der Welt. Der Staat ist gekennzeichnet durch die Unfähigkeit der Regierung, die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu garantieren und grundlegende öffentliche Dienstleistungen zu erbringen, sowie durch das Fehlen einer konstruktiven Beziehung zwischen den Behörden und der Bevölkerung. Konflikte, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen gehören zu den Hauptproblemen, die im Kampf gegen die Fragilität und allgemein gegen die Armut angegangen werden müssen.

Föderalismus in Myanmar: ein alter Traum in weiter Ferne

Kann der Föderalismus zum Frieden beitragen? Unter der Ägide von Aung San Suu Kyi möchte Myanmar seinen Traum, ein Bundesstaat zu werden, wieder aufleben lassen. In einem Versuch, den Konflikt zu lösen – einem Hauptziel Suu Kyis föderalistischer Ambitionen – berief die Regierung im Juli 2018 in der Hauptstadt des Landes, Nay Pyi Daw, die dritte Versammlung der Friedenskonferenz der Panglong Union des 21. Jahrhunderts ein.

Die Konferenz brachte Vertreter der Regierung, des Militärs und der bewaffneten ethnischen Gruppen zusammen. Es blieb beim Versuch, die Spannungen zu beruhigen und gleichzeitig eine mögliche föderalistische Regierung zu skizzieren. Mangels eines wirklichen politischen Willens blieben nennenswerte Fortschritte aus.



In ihren Schlussbemerkungen vom 16. Juli versprach die politische Führerin jedoch, die Friedensbemühungen fortzusetzen.

Die Minderheiten verknüpfen den Föderalismus mit der Aufrechterhaltung ihrer eigenen Streitkräfte und einer eigenen Steuerhoheit. Im Gegenzug wollen sie sich verpflichten, ihre Unabhängigkeitsansprüche aufzugeben, wodurch *ipso facto* mehrere Nationen innerhalb einer Nation entstehen.

Dies ist für Myanmars mächtige Armee (*tatmadaw*), die nur einen Bundesstaat unter dem gegenwärtigen politischen System akzeptieren wird, nicht akzeptabel. Die Armee argumentiert, dass sich die Rebellentruppen ihr als Teil einer Grenzsicherungstruppe anschliessen sollen. Die Einzelheiten zur Regelung der Autonomie wären Gegenstand weiterer Verhandlungen.

Eine zusätzliche Schwierigkeit bei der Bildung einer föderalistischen Regierung besteht in der hierzu erforderlichen Verfassungsänderung. Diese erfordert die Zustimmung von mehr als drei Vierteln des Parlaments, in dem ein Viertel der Sitze für das Militär reserviert ist.

Die Position der Schweiz

Die Schweiz anerkannte den neuen Staat nach der Unabhängigkeit sofort. Diplomatische Beziehungen wurden 1956 aufgenommen. Anfänglich war die Schweiz vor Ort bloss mit einem Honorarkonsulat in der damaligen Hauptstadt Rangun, dem heutigen Yangon, präsent. Im Zuge des Demokratisierungsprozesses und den Bestrebungen Myanmars, sich zu öffnen, ist die Schweiz dort seit 2012 auch mit einer Botschaft vertreten.

Die Schweiz beteiligt sich an zahlreichen Projekten in Myanmar. Diese betreffen die Verhandlungen für einen landesweiten Waffenstillstand, Studienreisen für wichtige Akteure, das «Zentrum für Vielfalt und nationale Harmonie» und die Schaffung eines Verhaltenskodex für freie und unparteiische Wahlen und Wahlkampagnen. Unser Land lädt regelmässig Persönlichkeiten aus den Ministerien, dem Parlament, den Regionalregierungen, den politischen Parteien und der Zivilgesellschaft zu Weiterbildungen über internationale Beziehungen, gute Regierungsführung und Öffentlichkeitsbeteiligung ein.

Die Schweiz unterstützt die Bemühungen Myanmars auf seinem weiten Weg zu Frieden, Demokratie sowie einer harmonischen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Grundvoraussetzung für eine Verbesserung der Situation und erste Schritte zu einer positiven Entwicklung ist Stabilität. Die Ursachen, die zu politischen, sozialen und wirtschaftlichen Konflikten und somit zur instabilen Lage des Staates führen, müssen bewältigt werden.

Die Schweiz will den Friedensprozess unterstützen, indem sie den Konflikt selbst angeht und den Zusammenhang zwischen Entwicklung, humanitärer Hilfe und Frieden betont, insbesondere in Gebieten, in denen ein fragiler Waffenstillstand besteht. Unter solchen Umständen sind konkrete Fortschritte unerlässlich, um die Kriegsparteien von der Bedeutung der Friedenserhaltung zu überzeugen.

Der Beitrag des Instituts

In Anbetracht des Kontextes ist es leicht nachvollziehbar, dass sich die Diskussion über den Föderalismus in Myanmar auch um das Begriffsverständnis, Definitionen und das eigentliche Konzept des Föderalismus dreht. Dabei wird auch die Bedeutung einer entsprechenden Ausbildung deutlich: Alle Parteien sollen von den gegenseitigen und wechselseitigen Vorteilen eines föderalen Systems oder eines stark dezentralisierten Systems ähnlich dem Föderalismus überzeugt werden.

Seit Jahren ist das Institut für Föderalismus damit beauftragt, eine solche Ausbildung anzubieten, entweder durch den Empfang von Delegationen auf neutralem Boden, um die Realitäten des Föderalismus kennen zu lernen, oder durch die Entsendung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, welche die Vorteile der föderalen Idee für Staaten mit einer sprachlichen, religiösen und geografischen Vielfalt näherbringen.

Im Jahr 2019 erhielten die Anfragen eine neue Dimension. Zusätzlich zu den traditionellen Besuchen von Delegationen in Freiburg übernahmen nicht weniger als drei Mitarbeitende des Instituts Aufträge vor Ort.

Im Juli nahm Thea Bächler an drei Seminaren in Nay Pyi Daw (der Hauptstadt), Phaunggy (Lower Myanmar) und Zeepingyi (Upper Myanmar) teil. Das erste Seminar war der lokalen Selbstverwaltung und ihren Aufgaben gewidmet, während sich die nächsten beiden Seminare um wesentliche Aspekte des Föderalismus und der Dezentralisierung drehten. Die Seminare sollten den teilnehmenden Mitgliedern der Verwaltung ermöglichen, ihre Kenntnisse zum Thema zu vertiefen und ihr Verständnis über die Funktionsweise eines Bundesstaates – sowohl im Allgemeinen als auch in Bezug auf den laufenden Prozess in Myanmar – zu stärken.

Vom 24. Juli bis 4. August nahm Eva Maria Belser im Hilton in Nay Pyi Daw am «Myanmar Federalism Leadership Program 2019» teil, einem Programm, das auf Fragen der Kompetenzverteilung und lokalen Gemeinschaften zugeschnitten war. Die Co-Direktorin des Instituts leitete mehrere Kurse und nahm zudem an verschiedenen Seminaren

und Arbeitsgruppen teil. Der letzte Tag war Simulationsübungen gewidmet, die es den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ermöglichen sollten, die erlernten Fähigkeiten anzuwenden.

Am 10. und 11. Dezember nahm zuletzt auch Nicolas Schmitt in Kalaw am «Advanced Course on Governance and Human Security» teil. Der Kurs stand unter der Schirmherrschaft der Schweizer Botschaft, vertreten durch Herrn Thomas Meier, und richtete sich an Alumni von durch die Schweiz unterstützten Ausbildungskursen. In einem zweitägigen Kursbestandteil über gute Regierungsführung und Friedenssicherung, fokussierte sich Nicolas Schmitt in seinen Erläuterungen auf die Schlüsselrolle, die Föderalismus und Dezentralisierung in diesen Prozessen spielen können.

Der Weg zu einem föderalen Myanmar mag noch ein langer sein – wichtig bleibt, die Bemühungen aufrechtzuerhalten.

3.3. Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR)

Im Jahr 1993 verabschiedete die UNO-Generalversammlung eine Resolution über die nationalen Institutionen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte. Diese forderte die Mitgliedstaaten auf, eine nationale und unabhängige Menschenrechtsinstitution, eine sogenannte NMRI, zu schaffen. Die Unabhängigkeit ermöglicht es ihr, mit Behörden auf allen Staatsebenen, mit Nichtregierungsorganisationen, der Privatwirtschaft und der Forschung zusammenzuarbeiten und deren Aktivitäten im Hinblick auf die Förderung und den Schutz der Menschenrechte zu unterstützen.

Mit dem Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR) besteht in der Schweiz seit 2011 ein befristetes Pilotprojekt für eine NMRI. Es weist die Struktur eines universitären Netzwerks auf, bei welchem der Bund Leistungen im Umfang von 1 Million Franken pro Jahr einkauft. Am Netzwerk beteiligen sich die Universitäten Bern, Freiburg, Genf, Neuenburg und Zürich. Zur Erfüllung dieser unterschiedlichen Aufgaben bestehen sechs Themenbereiche. Dies sind: Migration, Polizei und Justiz, Geschlechterpolitik, Kinder- und Jugendpolitik, Menschenrechte und Wirtschaft sowie Institutionelle Fragen. Seit Beginn des Pilotprojekts ist das Institut für Föderalismus am SKMR beteiligt. Da es sich unter anderem mit den föderalen Fragen des Menschenrechtsschutzes befasst, ist es für den Themenbereich Institutionelle Fragen zuständig. Die genannten Kantone kommen für die Kosten der Infrastruktur der NMRI auf. Die Funktionen und Aufgaben des SKMR umfassen:

- die Bereitstellung praxisorientierter Fachkompetenz im Bereich der Menschenrechte;
- Untersuchungen und Evaluationen zur Tragweite und zur konkreten Umsetzung menschenrechtlicher Normen in der Praxis;
- die Dokumentation und Analyse der Menschenrechtssituation in der Schweiz, wie die technische, methodologische und inhaltliche Unterstützung der Behörden bei der Sammlung von Informationen und der Erstellung von Berichten;
- die Förderung eines systematischen Austauschs von Know-how und das Anbieten einer Dialogplattform sowie
- die Vorbereitung von Sensibilisierungsinstrumenten im Bereich der Menschenrechte und die Durchführung von Ausbildungsveranstaltungen.

Das SKMR war ursprünglich auf eine Pilotphase von vier Jahren begrenzt. Im Jahr 2015 wurde es vom Bundesrat um weitere vier Jahre verlängert. Im Dezember 2019 hat der Bundesrat nun die lang erwartete Botschaft für eine dauerhafte Lösung einer NMRI endlich verabschiedet. Sein Ziel ist es, die NMRI in die Form einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft (Verein) zu überführen. Die Bestimmungen über die NMRI sollen im bestehenden Bundesgesetz über Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte verankert werden. Ein weiteres Ziel ist der Fortbestand der universitären Verankerung und damit der Beibehaltung des Standorts an einer oder mehreren Universitäten. Damit zwischen dem bis Ende 2020 befristeten Pilotprojekt und der Nachfolgeinstitution keine Lücke entsteht, sieht der Bundesrat eine Verlängerung des Pilotprojekts um weitere zwei Jahre (bis Ende 2022) vor. Das Parlament wird im Frühjahr 2020 über die Vorlage zu entscheiden haben.

In den vergangenen Jahren hat sich das Institut für Föderalismus mit zahlreichen Fragen beschäftigt, die institutionelle Fragen aufwerfen oder von besonderer Bedeutung für die Kantone und Gemeinden sind. Im Berichtsjahr standen beim Themenbereich Institutionelle Fragen Untersuchungen zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen im Zentrum.

Die Schweiz hat die UNO-Behindertenrechtskonvention (UNO-BRK) im Jahr 2014 ratifiziert. Die Konvention verpflichtet alle Vertragsstaaten, Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben und die volle Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen. Für die Umsetzung dieser Bestimmungen sind der Bund, die Kantone und die Gemeinden zuständig. Die Kantone spielen dabei eine zentrale Rolle. Der föderale Staatsaufbau der

Schweiz und die damit einhergehenden kantonalen (und kommunalen) Unterschiede können in solchen menschenrechtsrelevanten Bereichen sowohl Chancen als auch Risiken bergen. Der Themenbereich Institutionelle Fragen hat unterschiedliche Massnahmen und Projekte aus sechs Kantonen der Nordwest-, Ost-, West-, und Zentralschweiz im Bereich des selbstbestimmten Lebens von Menschen mit Behinderungen gesammelt. Präsentiert werden diese seit Januar 2020 auf der Website brk-praxisbeispiele.ch resp. cdph-bonnespratiques.ch. Die ausgewählten Projekte stehen sinnbildlich für an die Hand genommenen Umsetzungsmassnahmen und sollen anderen kantonalen und kommunalen Behörden sowie weiteren Akteuren als Informations- und Inspirationsquelle dienen. Die kantonalen Umsetzungsmassnahmen betreffen die folgenden Themen:

- **Wohnung:** Freie Wahl des Wohnorts und der Wohnform;
- **Arbeit und Ausbildung:** Selbstbestimmung bei der Wahl der Tagesstruktur respektive der Beschäftigung mit oder ohne Lohn sowie bei der Ausbildung;
- **Unterstützung:** Flexibilisierung und Individualisierung von spezifischen Unterstützungsangeboten (inkl Assistenzbeitrag);
- **Zugang** zu Dienstleistungen und Einrichtungen;
- **Mitbestimmung:** Einbezug von Menschen mit Behinderungen bei Entscheidungen von Behörden;
- **Existenzsicherung:** Sicherung der Existenz als Basis des selbstbestimmten Lebens.

Die kreierte Website brk-praxisbeispiele.ch richtet sich an kantonale und kommunale Behörden, Behindertenorganisationen, Fachpersonen. Sie soll aber auch für Menschen mit Behinderungen zugänglich sein. Deshalb wurde die Website barrierefrei programmiert und alle Texte sind auf Deutsch und Französisch auch in Leichter Sprache verfügbar.

4. ORGANISATION

4.1 Interne Entwicklungen

Personell wurde das Jahr 2019 durch die Pensionierung von Pierre-Alain Carrel, langjähriger Mitarbeiter am Empfang, geprägt. Ende November trat er nach mehr als 35 Jahren der Treue und des Engagements für das Institut in den Ruhestand.

Infolge dieser Veränderung hat die Direktion beschlossen, einer Person in Ausbildung eine Chance zu bieten und hierzu eine neue Lehrstelle zu schaffen. Nach Vorbereitungen und entsprechender Ausbildung konnte eine kaufmännische Angestellte im August ihr zweites Ausbildungsjahr beginnen.

Des Weiteren haben drei wissenschaftliche Mitarbeiterinnen das Institut verlassen. Zwei von ihnen, um ihre berufliche Ausbildung an den im gleichen Gebäude befindlichen Lehrstühlen für öffentliches Recht fortzusetzen. Alle drei Stellen am Institut wurden neu besetzt.

Ein Zivildienstleistender absolvierte während sechs Monaten seinen Dienst beim Institut und unterstützte es insbesondere bei der Aktualisierung der Föderalismus-Datenbank, bei der Vorbereitung der Sommeruniversität 2020 sowie bei der Durchführung einer einwöchigen Studienmission philippinischer Minister.

Seit dem 1. Mai ist das Institut für die Führung des Büros der Stiftung Convivenza - Internationales Zentrum für Minderheiten vom Institut zuständig. Der Stiftungsrat hielt eine erste Sitzung an seiner neuen Adresse an der Avenue Beauregard 1 am Ende des Jahres ab.

Die Bibliothek wurde im Laufe des Sommers neu organisiert und leicht vergrössert, um Platz für neu erworbenen Bücher zu schaffen. Mit diesem Umzug wurde dem Dokumentationszentrum auch ein neuer Anstrich verpasst, indem die Dokumentation umfassend aktualisiert und noch attraktiver präsentiert wird.

Der Institutsrat traf wie üblich im Frühjahr und Herbst zusammen und befasste sich insbesondere mit den neuen Statuten, welche nach einer umfassenden Überarbeitung am Ende des Jahres bestätigt werden konnten.

4.2 Institutsrat

Der Institutsrat des Instituts für Föderalismus besteht per Ende 2019 aus folgenden Mitgliedern:

Präsident

Pascal BROULIS, Staatsrat und Vorsteher des Departements für Finanzen und Aussenbeziehungen des Kantons Waadt, Vertreter der ch Stiftung für Eidgenössische Zusammenarbeit (Mitglied seit 2017)

Vizepräsident

Jean-Pierre SIGGEN, Staatsrat des Kantons Freiburg, Präsident und Vorsteher der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport EKSD (Mitglied seit 2014)

Übrige Mitglieder

Christoph AUER, Staatsschreiber des Kantons Bern, (Mitglied seit 2017)

Simon COCHRANE, Vertreter der Studierenden, Universität Freiburg (Mitglied seit 2019)

Anne-Sophie CONSTANS-LAMPERT, Mitarbeiterin der Regierung, Ministerium für Präsidiales und Finanzen des Fürstentums Liechtenstein (Mitglied seit 2015)

Jacques DUBEY, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht, Universität Freiburg (Mitglied seit 2014)

Roland MAYER, Geschäftsführer der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit (Mitglied seit 2019)

Peter MISCHLER, stv. Sekretär, Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (Mitglied seit 2015)

Nicolas QUELOZ, Professor für Strafrecht, Universität Freiburg (Mitglied seit 2012)

Félice ROUILLER, Vertreterin des Mittelbaus, Universität Freiburg (Mitglied seit 2019)

Hubert STÖCKLI, Professor für Privatrecht, Universität Freiburg (Mitglied seit 2010)

Benedikt WÜRTH, Regierungsrat des Kantons St. Gallen und Vorsteher des Finanzdepartements, Vertreter der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit (Mitglied seit 2013)

4.3 Mitarbeitende

Direktion



Eva Maria Belser, Prof. Dr. iur.
Co-Direktorin
Professorin für Staats- und Verwaltungsrecht
evamaria.belser@unifr.ch



Bernhard Waldmann, Prof. Dr. iur.
Co-Direktor
Professor für Staats- und Verwaltungsrecht
bernhard.waldmann@unifr.ch



Andreas Stöckli, Prof. Dr. iur.
Direktionsmitglied
Professor für Staats- und Verwaltungsrecht
andreas.stoeckli@unifr.ch



Yvonne Heiter-Steiner
Verwaltungssachbearbeiterin (20%)
yvonne.heiter-steiner@unifr.ch



Tamara Philipona
Verwaltungssachbearbeiterin (5%)
tamara.philipona@unifr.ch



Lydia Sturny
Verwaltungssachbearbeiterin (20%)
lydia.sturny@unifr.ch

Nationaler Bereich

Bernhard WALDMANN, Prof. Dr. iur.

Andreas STÖCKLI, Prof. Dr. iur.



Florian Bergamin, Mlaw
Diplomassistent
florian.bergamin@unifr.ch



Claudia Höchner, lic. phil/Mlaw
Wissenschaftliche Mitarbeiterin (80%)
claudia.hoechner@unifr.ch



Elisabeth Joller, Mlaw, Rechtsanwältin
Diplomierte Assistentin (100%)
elisabeth.joller@unifr.ch



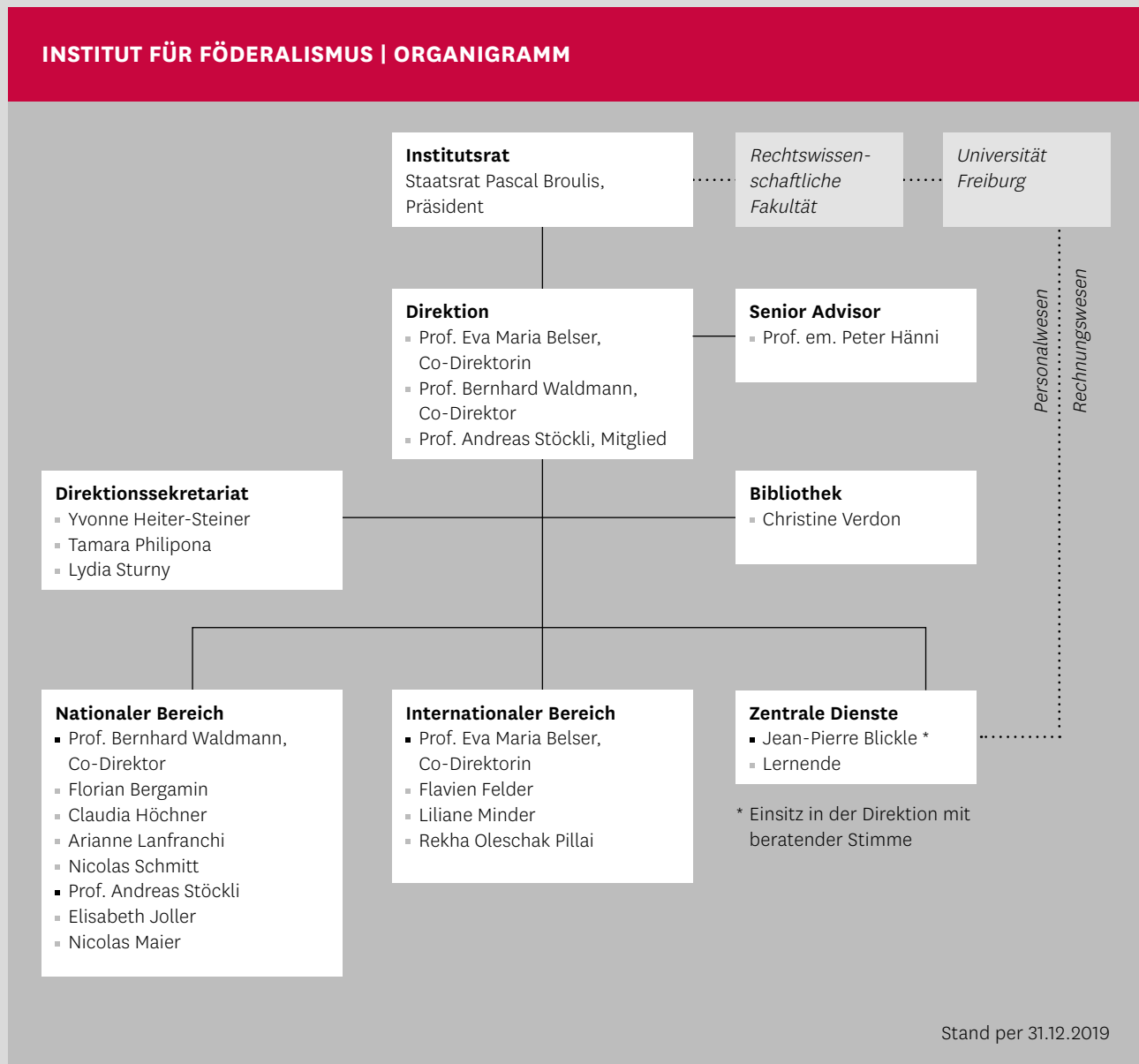
Nicolas Schmitt, Dr. iur.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
nicolas.schmitt@unifr.ch

Arianna Lanfranchi, Blaw
Unterassistentin
arianna.lanfranchi@unifr.ch

Nicolas MAIER, Blaw
Unterassistent
nicholas.maier@unifr.ch

*Internationaler Bereich***Eva Maria Belser**, Prof. Dr. iur.**Flavier Felder**, Mlaw
Wissenschaftlicher Mitarbeiter (60%),
flavien.felder@unifr.ch**Liliane Minder**, Mlaw, Rechtsanwältin
Diplomassistentin (90%)
liliane.minder@unifr.ch**Rekha Oleschak Pillai**, Dr. iur.
Wissenschaftliche Mitarbeiterin (in Stunden)
rekha.oleschak@unifr.ch**Peter Hänni**, Prof. em. Dr. iur.
Senior Advisor
peter.haenni@unifr.ch*Bibliothek***Christine Verdon**, lic. iur.
Wissenschaftliche Bibliothekarin-Mediathekarin (60%)
christine.verdon@unifr.ch*Zentrale Dienste***Jean-Pierre Blicke**
Geschäftsführer (80%)
jean-pierre.blicke@unifr.ch**Sofia Aguilar**
Lernende
sofia.aguilar@unifr.ch

4.4 Organigramm



5. DIE TÄTIGKEITSBEREICHE IM EINZELNEN

5.1 Forschung und Publikationen

EVA MARIA BELSER

- Internal Market Approaches – Comparative Research (Switzerland), Report to the Scottish Parliament – Finance and Constitution Committee, 2019, veröffentlicht auf <https://www.parliament.scot/parliamentarybusiness/CurrentCommittees/113300.aspx> (zusammen mit Simon Mazidi).
 - Die Befriedung von Krisengebieten durch das Recht, Einige Gedanken zu den Bedingungen gelingender Verfassungsgebung in Zeiten des Aufruhrs, in: Joachim Lege (Hrsg.), Gelingendes Recht, Über die ästhetische Dimension des Recht, Tübingen 2019, 43–63.
 - Droits fondamentaux des personnes âgées en Suisse – un guide pratique, Luzern 2019 (online Version: <https://interact-verlag.ch/collections/neuerscheinungen/products/droits-fondamentaux-des-personnes-agees-en-suisse-un-guide-pratique>) (zusammen mit Sandra Egli sowie Andrea Egbuna-Joss, Sabrina Ghielmini und Christine Kaufmann).
 - Grundrechte im Alter, Ein Handbuch, Luzern 2019 (online Version: <https://interact-verlag.ch/collections/neuerscheinungen/products/grundrechte-im-alter>) (zusammen mit Sandra Egli sowie Andrea Egbuna-Joss, Sabrina Ghielmini und Christine Kaufmann).
 - Belgien – Erschütterungsmesser und Taktgeber im Herzen Europas, in: Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (Hrsg.), Mögliche Szenarien einer Staatsreform nach 2019, Analysen und Perspektiven im aktuellen belgischen Kontext, Beiträge zum Kolloquium vom 13. April 2018 im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Eupen, Schriftenreihe Deutschsprachige Gemeinschaft, Bd. 9, Eupen 2019, 43–55.
 - Multidisciplinary Authors' Workshop Federalism and Conflict Resolution, 23.–24. Mai 2019, Fribourg (zusammen mit Flavien Felder).
 - Scientific cooperation on federalism as a peace-making instrument in the Horn of Africa, Centre for Federal Studies (CFS) of Addis Ababa University (AAU): International Conference on «Federalism and Language Policy for a Multi-lingual Polity», jointly organised by the Centre for Federal Studies and Governance (CFS) of Addis Ababa University (AAU), the South African Research Chair in Multilevel Government, Law and Policy (SARChI) of the Dullah Omar Institute for Constitution, Governance and Human Rights of the University of the Western Cape, the Institute for Comparative Federalism of Eurac Research Bozen, and the Institute of Federalism of Fribourg University, Addis Ababa, November 2019.
 - LoGov – Local Government and the Changing Urban-Rural Interplay (H2020-MSCA-RISE-2018 Grant Agreement). Das IFF ist Partner dieses Horizon 2020 Projekts. Eva Maria Belser ist Mitglied des Research Coordination Committee (RCC). Im Rahmen des LoGov Projekts haben im Jahre 2019 folgende Aktivitäten stattgefunden:
 - Bozen Kick-off Meeting LoGov – Local Government and the Changing Urban-Rural Interplay, Bozen 26.–27. Februar 2019 (Eva Maria Belser zusammen mit Flavien Felder).
 - Meeting of the Research Coordination Committee, Bozen, 27. Februar 2019 (Eva Maria Belser).
 - Erstellung des Dossiers «Local Government and the Changing Urban-Rural Interplay Switzerland» (Fallstudien).
 - Forschungsaufenthalt an der Universidad Nacional de San Martin, UNSAM, Buenos Aires, 4.–8. August 2019 (Flavien Felder)
 - Forschungsaufenthalt am Centre for Asian Legal Studies (CALs) der National University of Singapur (NUS), 5.–20. August 2019 (Eva Maria Belser)
 - LoGov – Local Government and the Changing Urban-Rural Interplay, 2nd RCC Meeting, München 16. September 2019 (Eva Maria Belser zusammen mit Flavien Felder).
 - Forschungsaufenthalt am Centre for Federal Studies and Governance (CFS) der Addis Ababa University (AAU), 11.–25. November 2019 (Eva Maria Belser)
 - NRP 73 Project «Sustainable Trade Relations for Diversified Food Systems», SNF-Forschungsprojekt. Eva Maria Belser ist co-applicant (zusammen mit Elisabeth Bürgi und Stefan Mann). Am 13. Dezember hat in Bern eine erste Veranstaltung stattgefunden: Joint workshop on benchmarks setting and kick off learning fields.
 - Palgrave series «Federalism and Internal Conflicts», Palgrave Macmillian (Herausgeber: Sören Keil und Eva Maria Belser).
- Im Jahre 2019 sind erschienen:**
- Patricia Popelier/Maya Sahadžić (Hrsg.), Constitutional Asymmetry in Multinational Federalism, 2019.
 - Dele Babalola, The Political Economy of Federalism in Nigeria, 2019.
- #### FLORIAN BERGAMIN
- Föderalismusrelevante Rechtsprechung des Bundes- und des Bundesverwaltungsgerichts im Jahr 2018, Newsletter IFF 1/2019 (zusammen mit Klara Grossenbacher).
 - Verfassungsmässigkeit des Graubündner Parlamentswahlsystems, in: Newsletter IFF 2/2019.

- Föderalismus-Cockpit: Rechtliche Würdigung ausgewählter Geschäfte, in: Newsletter IFF 2/2019 (zusammen mit Claudia Höchner und Liliane Minder).
- BGer 1C_511/2018: Hohe Anforderungen an touristisch bewirtschaftete Zweitwohnungen und ihre fraglichen Auswirkungen auf die Parahotellerie, in: Aktuelle juristische Praxis (AJP) 12/2019, S. 1340–1344 (zusammen mit Franziska Raaflaub).

ANDREA EGBUNA-JOSS

- Internationale Berichterstattungspflichten und Follow-up im Bereich Menschenrechte: Die Arbeiten des SKMR, Status Quo und Ausblick, SKMR-Newsletter März 2019

SANDRA EGLI

- Grundrechte im Alter, Ein Handbuch, Luzern 2019 (online Version: <https://interact-verlag.ch/collections/neuerscheinungen/products/grundrechte-im-alter>) (zusammen mit Andrea Egbuna-Joss, Sabrina Ghielmini, Eva Maria Belser und Christine Kaufmann).
- Droits fondamentaux des personnes âgées en Suisse – un guide pratique, Luzern 2019 (online Version: <https://interact-verlag.ch/collections/neuerscheinungen/products/droits-fondamentaux-des-personnes-agees-en-suisse-un-guide-pratique>) (avec Andrea Egbuna-Joss, Sabrina Ghielmini, Eva Maria Belser et Christine Kaufmann).

ELISABETH JOLLER

- Darf Justitia ein Kopftuch tragen?, ZBl 120/2019, S. 115–137.
- Politische und religiöse Werbung an Fahrzeugen und Anlagen öffentlicher Verkehrsbetriebe, ZBl 120/2019, S. 475–500 (zusammen mit Andreas Stöckli).
- Einführung einer «Personalbremse» auf Bundesebene? – Rechtliche Einordnung und Bewertung, recht 2019, S. 258–273 (zusammen mit Andreas Stöckli)

LUKAS MARXER

- Ausgewählte Entwicklungen im Regierungs- und Verwaltungsorganisationsrecht der Kantone im Jahr 2018/2019, in: Jahrbuch 2018/2019 der Schweizerischen Vereinigung für Verwaltungsorganisationsrecht, Bern 2019, S. 323–345 (zusammen mit Andreas Stöckli).

LILIANE MINDER

- Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention in der Schweiz, Umsetzungsmassnahmen von sechs ausgewählten Kantonen, Website «brk-praxisbeispiele.ch» bzw. «cdph-exemplespratiques.ch», Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte.
- The Case of Jura in Switzerland, in: Understanding the Occurrence and Outcome of Self-Determination Referenda in Europe, Fédéralisme Régionalisme, Université Liège, Belgien, 19/2019 (zusammen mit Simon Mazidi).
- «Die lachhafte Gerechtigkeit», Quid Law Review, 1/2019.

NICOLAS SCHMITT

- Local Government in Switzerland: Organisation and Competences – Местное правительство в Швейцарии: Организация и Компетенция, in Local Government and Direct Forms of Democracy – The Experience of Russia and Switzerland, AKF «Polito» Publishers, Kaluga 2019, p. 15 (anglais), p. 63 (russe)

ANDREAS STÖCKLI

- Bundesrat und Bundesverwaltung, in: Maya Hertig Randall/Benjamin Schindler/Oliver Diggelmann (Hrsg.), Verfassungsrecht der Schweiz / Droit constitutionnel suisse, Band III, Zürich/Basel/Genf 2020, S. 1723–1756.
- Verwaltungskontrolle – eine Einführung, in: Jahrbuch 2018/2019 der Schweizerischen Vereinigung für Verwaltungsorganisationsrecht, Bern 2019, S. 3–46.
- Ab welchem Zeitpunkt gilt der neue kantonale Richtplan? – Bemerkungen zum Urteil 602 2019 3 des Kantonsgerichts des Kantons Freiburg vom 3. September 2019, in: Freiburger Zeitschrift für Rechtsprechung (FZR) 2019, S. 135–147.
- Einführung einer «Personalbremse» auf Bundesebene? – Rechtliche Einordnung und Bewertung, in: recht 2019, S. 258–273 (zusammen mit Elisabeth Joller).
- Elektronisches Patientendossier und Krankenversicherungsrecht: Was passiert mit Spitälern, die sich nicht rechtzeitig einer (Stamm-)Gemeinschaft gemäss EPDG anschliessen?, in: Aktuelle Juristische Praxis (AJP) 2019, S. 1156–1170.
- Politische und religiöse Werbung an Fahrzeugen und Anlagen öffentlicher Verkehrsbetriebe, in: Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBl) 9/2019, S. 475–500 (zusammen mit Elisabeth Joller).

- Neujustierung des Schweizerischen Finanzausgleichs: Kompromiss zwischen «ressourcenstarken» und «ressourcenschwachen» Kantonen gefunden!, in: Europäisches Zentrum für Föderalismusforschung (Hrsg.), Jahrbuch des Föderalismus 2019, Tübingen 2019, S. 285–298.
- Staatliche Aufsicht über die Wirtschaft und ihre Akteure – Organisatorische Fragen, in: Isabelle Häner/Bernhard Waldmann (Hrsg.), Staatliche Aufsicht über die Wirtschaft und ihre Akteure, Zürich 2019, S. 105–151.
- Wege zur Umsetzung der Menschenrechtskonvention in der Schweiz, in: Plädoyer 3/19, S. 20–23.
- Prämienverbilligungen für Kinder und junge Erwachsene in Ausbildung – welcher Spielraum verbleibt den Kantonen? Bemerkungen zu BGE 145 I 26, in: Newsletter IFF 2/2019 (zusammen mit Nicolas-Oskar Maier).
- Schweizerische Vereinigung für Verwaltungsorganisationsrecht/ Andreas Stöckli (Hrsg.), Jahrbuch 2018/2019, Verwaltungsorganisationsrecht – Staatshaftungsrecht – öffentliches Dienstrecht, Bern 2019, 345 Seiten.
- Rechtsprechung des Bundesgerichts, des Bundesverwaltungsgerichts und der kantonalen Gerichte zum Verwaltungsorganisationsrecht, zum Staatshaftungsrecht und zum öffentlichen Dienstrecht im Jahr 2018, in: Jahrbuch 2018/2019 der Schweizerischen Vereinigung für Verwaltungsorganisationsrecht, Bern 2019, S. 195–271 (zusammen mit Peter Hänni).
- Ausgewählte Entwicklungen im Regierungs- und Verwaltungsorganisationsrecht der Kantone im Jahr 2018, in: Jahrbuch 2018/2019 der Schweizerischen Vereinigung für Verwaltungsorganisationsrecht, Bern 2019, S. 223–245 (zusammen mit Lukas Marxer).
- Rechtsprechung zur Baubewilligung, in: Baurecht 5/2019, S. 220–225.
- Rechtsprechung zur Baubewilligung, in: Baurecht 2/2019, S. 81–86.

BERNHARD WALDMANN

- Allgemeines Verwaltungsrecht (zusammen mit René Wiederkehr), Zürich/Basel/Genf 2019.
- Staatliche Aufsicht – Eine Einführung, in: Isabelle Häner/Bernhard Waldmann (Hrsg.), Staatliche Aufsicht über die Wirtschaft und ihre Akteure, 7. Forum für Verwaltungsrecht, Bern 2019, S. 1–20.
- Kommentar zu Art. 23e–23m NHG, in: Peter M. Keller/Jean-Baptiste Zufferey/Karl-Ludwig Fahrländer (Hrsg.), Kommentar NHG, 2. Aufl. (zusammen mit Julien Borlat), Zürich/Basel/Genf 2019.

- Rechtsprechung zum öffentlichen Recht, Bereich «Raumplanung», in: Zeitschrift für Baurecht und Vergabewesen BR/DC 2019, 77–81, 280–284.

FLORIAN BERGAMIN/CLAUDIA HÖCHNER/LILIANE MINDER

- Föderalismus-Cockpit: Rechtliche Würdigung ausgewählter Geschäfte, in: Newsletter zum Schweizerischen Föderalismus 2019/2.

5.2 Expertisen

Expertentätigkeit im Rahmen des syrischen Verfassungsgebungsprozesses, organisiert vom Europäischen Zentrum für kurdische Studien Berlin (**Eva Maria Belser** zusammen mit **Sören Keil**). Im Jahre 2019 haben fünf Veranstaltungen stattgefunden:

- Drafting Workshop – Constitution of Syria (Berlin, 12.–13. Januar);
- «Einheit in Vielfalt – Eine Verfassung für Alle Syrer*innen», Erster Workshop für Mitglieder des Syrischen Verfassungskomitees (Malta, 26.–30. März);
- «Einheit in Vielfalt – Eine Verfassung für Alle Syrer*innen», Zweiter Workshop für Mitglieder des Syrischen Verfassungskomitees (Malta, 8.–12. Mai);
- «Einheit in Vielfalt – Eine Verfassung für Alle Syrer*innen», Dritter Workshop für Mitglieder des Syrischen Verfassungskomitees (Sarajevo, 7.–11. September);
- «Einheit in Vielfalt – Eine Verfassung für Alle Syrer*innen», Vierter Workshop für Mitglieder des Syrischen Verfassungskomitees (Loccum, 27. November–2. Dezember);

Religiöse und politische Werbung an Verkehrsbussen, Gutachten zuhanden der Verkehrsbetriebe Biel, Januar (**Andreas Stöckli** und **Elisabeth Joller**)

Unterstützung des Bundesamts für Strassen ASTRA im Rahmen eines Workshops im Bereich der Digitalen Wirtschaft (UBER), Januar (**Florian Bergamin**)

Unterstützung des Bundesamts für Strassen ASTRA im Rahmen eines Workshops im Bereich des automatisierten Fahrens, Januar (**Florian Bergamin**)

Rechtsgutachten betreffend Einführung einer Personalbremse auf Bundesebene, im Auftrag des Eidg. Personalamts (EPA), Januar (**Andreas Stöckli** und **Elisabeth Joller**)

Stellungnahme zu einer Rechtsabklärung des Bundesamts für Strassen ASTRA betreffend das Taxigesetz des Kantons Zürich, Februar (**Florian Bergamin**)

Tragweite und Instrumentarium zu Art. 48a BV, Eine Auslegeordnung unter Berücksichtigung interkantonalen Vereinbarungen im Bereich von Kultureinrichtungen von überregionaler Bedeutung, Rechtsgutachten zuhanden der EDK, März (**Bernhard Waldmann** und **Klara Grossenbacher**)

Stellungnahme zuhanden des Bundesamts für Strassen ASTRA betreffend Parkuhren und Zahlungsmittel für Parkgebühren, März (**Florian Bergamin**)

Rechtsgutachten betreffend Anschluss der Spitäler an eine Gemeinschaft oder Stammgemeinschaft nach EPDG – Konsequenzen eines nicht fristgerechten Anschlusses, im Auftrag des Bundesamts für Gesundheit (BAG), April (**Andreas Stöckli** und **Miroslav Barukčić**)

Rechtsgutachten betreffend Überzeitenschädigung für Mitarbeitende des Projekts SwissSkills 2018, im Auftrag des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI), Mai (**Andreas Stöckli** und **Elisabeth Joller**)

Umsetzung des Schutzes, der Pflege und Planung inventarisierter Landschaften von kantonaler Bedeutung, Projektbegleitung und Erarbeitung eines Musters für eine Gemeindeübereinkunft zum Schutz und zur Pflege von Landschaften von kantonaler Bedeutung, Mai (**Bernhard Waldmann**)

Mitglied der vom Bundesamt für Justiz eingesetzten Expertenkommission Abstammungsrecht, die von Prof. Alexandra Jungo präsiert wird, Juni (**Eva Maria Belser**)

Internal Market Approaches – Comparative Research (Switzerland), Report to the Scottish Parliament – Finance and Constitution Committee, 2019 (veröffentlicht auf <https://www.parliament.scot/parliamentarybusiness/CurrentCommittees/113300.aspx>) Gutachten im Auftrag des Finance and Constitution Committees des schottischen Parlaments Edinburgh, August (**Eva Maria Belser** und **Simon Mazidi**)

Begleitung des Projekts «Interkantonaler Kulturlastenausgleich: Auslegeordnung». Mitarbeit am Bericht der Expertinnen- und Experten-Gruppe im Auftrag der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), bis September (**Peter Hänni**)

Ernennung zur Vizepräsidentin der Group of Independent Experts der European Charter of Local Self-Government (GLE), Oktober (**Eva Maria Belser**)

Entwurf eines Werbereglements für die Verkehrsbetriebe der Stadt Biel, November (**Andreas Stöckli** und **Elisabeth Joller**)

Kurzgutachten zum Bundesgerichtsentscheid 145 I 73, Gutachten zuhanden der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus EKR, Dezember (**Eva Maria Belser** und **Liliane Minder**)

Rechtsgutachten betreffend Rechtsfragen betreffend Kündigung der Vereinbarung über den Ausbau und Betrieb der Interkantonalen Försterschule Maienfeld, im Auftrag der Direktion des Innern des Kantons Zug, Dezember 2019 (**Andreas Stöckli** und **Lukas Marxer**)

Leitung einer von der Regierung des Kantons Graubünden eingesetzten Administrativuntersuchung im Zusammenhang mit Absprachen bei öffentlichen Arbeitsvergaben im Tiefbauamt des Kantons Graubünden, laufend (**Andreas Stöckli** und **Martin Beyeler**, unter Mitwirkung von **Elisabeth Joller**)

Mitgliedschaft in der Eidgenössischen Elektrizitätskommission (ElCom) (**Andreas Stöckli**)

5.3 Study Tours

16.04., Freiburg	«Il federalismo e la Svizzera», Delegationsreise mit Minister Fraccaro, Italien, zum Thema Schweizerischer Föderalismus, organisiert durch die Schweizerische Botschaft in Rom (Fabrizio Cramer)
02.10., Freiburg	«Theories of Federalism», Study Tour von Mitgliedern des Secretariat of the Union Peace Dialogue Joint Committee Myanmar zum Thema Föderalismus, organisiert vom EDA, Abteilung Menschliche Sicherheit (Eva Maria Belser)
02.10., Freiburg	«Swiss Federalism», Study Tour von Mitgliedern des Secretariat of the Union Peace Dialogue Joint Committee Myanmar zum Thema Föderalismus, organisiert vom EDA, Abteilung Menschliche Sicherheit (Eva Maria Belser)
09.10., Freiburg	Besuch der Botschafterin aus den Malediven, Hala Hameed, Besprechung einer möglichen Zusammenarbeit und Briefing für Arbeitsreise nach Male (Eva Maria Belser)
23. – 29.10., Sri Lanka	Study Mission nach Sri Lanka zum Thema Input on Constitutional Models of Power Sharing in Sri Lanka, organisiert durch das EDA, Abteilung Menschliche Sicherheit und die Schweizerische Botschaft in Colombo (Eva Maria Belser)
29.10. – 01.11., Malediven	Study Mission Malediven zum Thema Dezentralisierung, organisiert durch das EDA, Abteilung Menschliche Sicherheit und die Schweizerische Botschaft in Colombo (Eva Maria Belser)
18. – 22.11., Freiburg	Study Mission einer Delegation aus den Philippinen mit 11 Gouverneuren der Provinzen zum Thema Föderalismus in der Schweiz (Nicolas Schmitt)

5.4 Weiterbildungen

13. Wissenschaftliche Tagung der Schweizerischen Vereinigung für Verwaltungsorganisationsrecht (SVVOR) zum Thema «Kontrolle, Compliance und Risikomanagement in der öffentlichen Verwaltung und in öffentlichen Unternehmen», in Zusammenarbeit mit Stämpfli Verlag AG Bern, Universität Freiburg, 25. Januar (**Andreas Stöckli**)

Mitwirkung am Masterkurs des Centre international de formation européenne (CIFE) in Nizza (Januar) (**Eva Maria Belser**)

Mitwirkung an der Winter School on Federalism and Governance 2019, organisiert von Eurac Bozen und der Universität Innsbruck (Februar) (**Eva Maria Belser**)

Murtner Gesetzgebungsseminar, Grundlagenseminar I: Rechtsetzungsmethodik, in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Rechtsetzungslehre der Universität Zürich, 10.-12. April, Murten (**Bernhard Waldmann**)

Workshop for the alumni of the Myanmar Federalism Leadership Programme (Nay Pyi Taw, 26.-28. Juli), organisiert von der Hanns Seidel Stiftung München, (**Eva Maria Belser** zusammen mit **Sören Keil, Christine Forster** und **Paul Anderson**)

Myanmar Federalism Leadership Programme «Designing Federalism for a peaceful and prosperous Myanmar» (Nay Pyi Taw, 29. Juli – 4. August), organisiert von der Hanns Seidel Stiftung München, (**Eva Maria Belser** zusammen mit **Sören Keil, Christine Forster** und **Paul Anderson**)

VESO-Weiterbildungstag, Referat zu Autonomie und Selbstbestimmung im Lichte nationaler und internationaler Bestimmungen, 4. Oktober, Winterthur (**Liliane Minder**)

Murtner Gesetzgebungsseminar, Grundlagenseminar II: Erlassredaktion, in Zusammenarbeit mit der Bundeskanzlei und dem Bundesamt für Justiz, 27.-29. November, Murten (**Bernhard Waldmann**)

Doctoral Colloquium, Centre for Federal Studies and Governance (CFS) of Addis Ababa University (AAU), November (**Eva Maria Belser** und **Nico Steytler**)

5.5 Vorträge und Konferenzen

07.01., Saas Almagell	«Mit dem Studium in die Welt hinaus – einige Perspektiven», Vortrag im Rahmen des Skilex Seminars (Eva Maria Belser)
11.01., Interlaken	«Das Kräfteverhältnis zwischen Regierung und Parlament – Herausforderungen und Tendenzen», Vortrag im Rahmen des ch Regierungsseminars, organisiert von der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit (Bernhard Waldmann)
23.01., Nizza (Frankreich)	«Federalism and Minority Rights – A Multifaceted Relationship», Vortrag am Centre international de formation européenne (CIFE) (Eva Maria Belser)
24.01., Nizza	«Ethiopia – A Controversial Experiment with Ethnic Federalism», Vortrag am Centre international de formation européenne (CIFE) (Eva Maria Belser)
24.01., Nizza	«Iraq – A Failed Attempt to Impose Federalism», Vortrag am Centre international de formation européenne (CIFE) (Eva Maria Belser)
25.01., Freiburg	«Kontrolle der Verwaltung – Auslegeordnung und aktuelle Herausforderungen», Vortrag an der 13. Wissenschaftlichen Tagung der Schweizerischen Vereinigung für Verwaltungsorganisationsrecht (SVVOR) zum Thema «Kontrolle, Compliance und Risikomanagement in der öffentlichen Verwaltung und in öffentlichen Unternehmen», Universität Freiburg (Andreas Stöckli)
29.01., Luzern	«Grundrechtliche Fragen am Ende des Lebens», Vortrag im Rahmen einer Veranstaltung des Juristenvereins des Kantons Luzern (Eva Maria Belser)

30. – 31.01., Nizza	«Comparative Federalism», Vortrag am Centre International de Formation Européenne CIFE) (Nicolas Schmitt)
30.01., 06.02., Freiburg	«Neue Urteile – neue Entwicklungen im öffentlichen Recht», Vortrag im Rahmen der Schweizerischen Baurechtstagung, organisiert vom Institut für Schweizerisches und Internationales Baurecht der Universität Freiburg (Bernhard Waldmann und Rudolf Muggli)
05.02., Innsbruck (Österreich)	«Legal Conflicts in Federal Systems and the Role of Courts», Vortrag im Rahmen der Winter School on Federalism and Governance 2019: Federalism and the Rule of Law (Eva Maria Belser)
06.03., Freiburg	«The Danish Girl», Podiumsdiskussion im Rahmen der Reihe «Recht im Film» (Eva Maria Belser)
08.03., Bern	«Religiöses Erziehungsrecht und staatlicher Bildungsauftrag im Konflikt», Vortrag am Workshop der Interfakultären Forschungskoooperation (IFK) Religious Conflicts and Coping Strategies der Universität Bern zum Thema «Das religiöse Erziehungsrecht der Eltern – Rechtliche und philosophische Perspektiven», Universität Bern (Andreas Stöckli)
14.03., Biel	«Entwicklung und Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips», Vortrag im Rahmen der Bieler Tagung der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) zum Thema Subsidiarität - eine permanente Herausforderung (Eva Maria Belser)
21.03., Freiburg	Referat im Rahmen der INSOS-Tagung zum Thema Autonomie und Selbstbestimmung im Lichte nationaler und internationaler Bestimmungen (Liliane Minder)
21.03., Warschau (Polen)	«Strong case Study – Education», «Strong case Study – Foreign Affairs», Vorträge organisiert von der Schweizerischen Botschaft in Warschau und der polnischen Vereinigung «Social contract Incubator» (Nicolas Schmitt)
27.03., Malta	«Verfassung und Verfassungsrecht - Begriff, Bedeutung und Funktionen», Vortrag im Rahmen des Workshops für Mitglieder des Syrischen Verfassungskomitees (Eva Maria Belser)
28.03., Malta	«Menschenrechte: Begriff, Arten, Funktionen», Vortrag im Rahmen des Workshops für Mitglieder des Syrischen Verfassungskomitees (Eva Maria Belser)
07.05., Freiburg	«Fürsorgliche Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen, eine Übersicht aus rechtlicher Perspektive», Referat im Rahmen der der Mastervorlesung, Grund- und Menschenrechtsschutz von Prof. Eva Maria Belser (Liliane Minder)
10.05., Malta	«Der Transitionsprozess in Südafrika», Workshop für Mitglieder des Syrischen Verfassungskomitees (Eva Maria Belser)
10.05., Malta	«Transition und Transitionsgerechtigkeit: Begriff, Bedeutung, Themen», Vortrag im Rahmen des Workshops für Mitglieder des Syrischen Verfassungskomitees (Eva Maria Belser)
10.05., Murten	«Regelungsinstrumente», Vortrag am Murtner Gesetzgebungsseminar I zur Rechtsetzungsmethodik, organisiert vom Institut für Föderalismus (Bernhard Waldmann)
14.05., Freiburg	«Grund- und Menschenrechte in der Sozialhilfe», Vortrag im Rahmen des Masterkurses «Grund- und Menschenrechtsschutz» von Prof. Eva Maria Belser, Universität Freiburg (Thea Bächler)
20.05., Trento (Italien)	«Let's talk! – Solving Constitutional Conflicts between the Confederation and the Cantons Out of the Court», Vortrag im Rahmen des European Colloquium – Managing Constitutional Litigation between national and subnational governments out of court: An analysis of experiences in Europe (Eva Maria Belser)
24.05., Freiburg	«Kurdistan – The Utopia of the Kurds and the Spectre of their Neighbours», Authors' Workshop Federalism and Conflict Resolution (Eva Maria Belser)
06.06., Bozen (Italien)	«Stateless Nations and Federal Projects: Attempts and Failures to accommodate the Kurds in Iraq and Syria», Vortrag im Rahmen des Summer Institute Bozen: Negotiating and Sharing Power(s): Autonomy, Recognition and Cooperation (Eva Maria Belser)

12.06., Sarajevo (Bosnien und Herzegowina)	«Legacies of the Past, Burdens of the Present, Liabilities for the Future – Constitutional Safeguards to Be and Remain Different», Vortrag an der IPSA Konferenz zum Thema «Diversity and Democratic Governance» (Eva Maria Belser)
13.06., Sarajevo	«Federalism as a Tool of Conflict Resolution - Bosnia in Comparative Perspective», Round Table, IPSA Conference (Eva Maria Belser)
14.06., Sarajevo	«Policy Issues in Deeply Divided Societies», Vortrag an der IPSA Konferenz zum Thema «Diversity and Democratic Governance» (Eva Maria Belser)
18.06., Bern	«Ältere Menschen und Grundrechte: Praxisfälle einer Ombudsstelle aus Pflege und Betreuung», Vortrag an der Tagung Menschenrechte in der Schweiz; Umsetzung bei Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden (Eva Maria Belser)
20./21.06., Melbourne (Australien)	«The Legal Concept of Cities in the Context of Swiss Federalism» Vortrag im Rahmen eines Workshops zum Thema «Cities in Federal Theory», organisiert von der University of Melbourne Law School (Florian Bergamin)
25.06., Bern	«Die Bedeutung der ILO für Schweizer Arbeitnehmende», 100 Jahre Erfolgsgeschichte für Arbeitnehmende, Die International Labour Organisation (ILO) (Eva Maria Belser)
27.06., 28.06., Luzern	«Verwaltungstätigkeit und Verwaltungsverfahren» und «Wiedererwägung und Revision», Vorträge im Rahmen der Zentralschweizer Praktikantenkurse, organisiert von der Stiftung für Rechtsausbildung (Bernhard Waldmann)
01.07., Freiburg	«The Federalism World Tour», «What is Federalism? Switzerland as an example», presentations dans le cadre de la visite du YMCA Jerusalem Youth Chorus (Nicolas Schmitt)
03.07., Dorigny, Lausanne	«Direct Democracy: the Swiss Example», présentation lors de la World Science Journalists Conference, Swiss Science Lounge (Nicolas Schmitt)
06.–7.07., Nay Pyi Taw (Myanmar)	«Local Government and Federalism» und «Case Studies: Challenges of local governance – what works and what does not work», Vortrag und Panel Discussion im Rahmen des Forum on Accountable and Representative Local Governance in Myanmar, organisiert von Democracy Reporting International (DRI), Danish Institute for Parties and Democracy (DIPD) und Hanns Seidel Foundation (Thea Bächler)
08.07., Phaunggyi (Myanmar) u. 22.07., Zeepingyi (Myanmar)	«Introduction to Constitutions and Federal Ideas», Vortrag im Rahmen des UCSB Executive Level Officials Management Course zum Thema «Law and Political Science: Federalism, Regionalism and Decentralization», organisiert von Hanns Seidel Foundation (Thea Bächler)
09.07., Phaunggyi u. 23.07., Zeepingyi	«Federalism in Europe: Germany and Switzerland», Vortrag im Rahmen des UCSB Executive Level Officials Management Course zum Thema «Law and Political Science: Federalism, Regionalism and Decentralization», organisiert von Hanns Seidel Foundation (Thea Bächler)
10.07., Phaunggyi u. 24.07., Zeepingyi	«Basics on Fiscal Federalism & Fiscal Constitutions Compared», Vortrag im Rahmen des UCSB Executive Level Officials Management Course zum Thema «Law and Political Science: Federalism, Regionalism and Decentralization», organisiert von Hanns Seidel Foundation (Thea Bächler)
12.07., Phaunggyi u. 25.07., Zeepingyi	«Fundamental Rights in Federal and Multilevel Countries», Vortrag im Rahmen des UCSB Executive Level Officials Management Course zum Thema «Law and Political Science: Federalism, Regionalism and Decentralization», organisiert von Hanns Seidel Foundation (Thea Bächler)
26.–29.07., Nay Pyi Taw	«Local Government in Federal Systems», Vortrag im Rahmen des Myanmar Federalism Leadership Programme, organisiert von der Hanns Seidel Stiftung München (Eva Maria Belser)
01.08., Nay Pyi Taw	«Designing Local Government in Federal Systems», Vortrag im Rahmen des Myanmar Federalism Leadership Programme, organisiert von der Hanns Seidel Stiftung München, (Eva Maria Belser)
13.08., Singapur	«Pluralism and Regional and Local Governance in Europa», Vortrag an der National University of Singapore, LoGov Seminar (Eva Maria Belser)

13. – 14.08., Canterbury (England)	«Comparing Federal Systems and Federations», «Federalism in the German-speaking world (with an unavoidable glimpse at USA)», Vorträge im Rahmen der Politics Summer School, organisiert von der Canterbury Christ Church University's (CCCU) Politics und dem International Relations programme and the Centre for European Studies (CEFEUS) (Nicolas Schmitt)
30.08., Luzern	«Religiöse Privatschulen im Spannungsfeld zwischen Privatschulfreiheit und Recht auf ausreichenden Grundschulunterricht», Vortrag an der Netzwerktagung Privatschulen und Privatunterricht/Homeschooling der kantonalen Volksschulämter (Andreas Stöckli und Marina Piolino)
04.09., Luzern	«Föderalismus und Strafverfolgung – mit welcher Zukunft?», Vortrag an der Tagung zum Thema «Zum Sinn und Wesen des Föderalismus», organisiert von der Staatsanwaltsakademie (Bernhard Waldmann)
06.09., Bern	«Religionsfreiheit versus Nichtdiskriminierung – Hat der Staat für Nichtdiskriminierung innerhalb der Religionsgemeinschaften zu sorgen und kann er das überhaupt?», Vortrag an der Tagung zur Feier des 40-jährigen Jubiläums des Instituts für Religionsrecht (Eva Maria Belser)
08.09., Sarajevo (Bosnien und Herzegowina)	«Motive für vertikale Gewaltenteilung», Workshop für Mitglieder des Syrischen Verfassungskomitees (Eva Maria Belser)
13.09., Freiburg	«Staatsrecht», Vortrag an der ALUMNI IUS FRILEX-Veranstaltung, Service Pack 2019, Universität Freiburg (Eva Maria Belser)
13.09., Freiburg	«Rechtsprechung zum Verwaltungsrecht», Vortrag an der ALUMNI IUS FRILEX-Veranstaltung, Service Pack 2019, (Andreas Stöckli)
13.09., Freiburg	«Aktuelle Urteile zum Verwaltungsverfahren», Kurzvortrag an der ALUMNI IUS FRILEX-Veranstaltung, Service Pack 2019, (Bernhard Waldmann)
20.09., Stellenbosch (Südafrika)	«Why the Turn to Global Constitutionalism at the WTO harms African Constitutionalism», Vortrag im Rahmen des 7 th Stellenbosch Annual Seminars on Constitutionalism in Africa 2019 (SASCA 2019) (Eva Maria Belser)
20.09., Schönenwerd	«Perspektiven des Föderalismus – mit einem Seitenblick auf den Bereich der sozialen Sicherheit», Vortrag an der IV-Stellen-Konferenz 2019 zum Thema «Föderalismus vs. Zentralstaat: Ist Verschiedenartigkeit in der Einheit Trumpf?» (Andreas Stöckli)
09.10., Freiburg	Referat im Rahmen der Ringvorlesung zum 30-jährigen Jubiläum der UNO-Kinderrechtskonvention, Interdisziplinäre Perspektiven auf die Kinderrechte: Fremdplatzierungen des 20. Jahrhunderts und Kinderrechte in der Schweiz (Liliane Minder)
14.10., Bozen (Italien)	EURAC Scientific Committee Meeting (Eva Maria Belser)
16.–20.10., Speyer (Deutschland)	«Unity and Diversity of the Civil Service in Switzerland», Vortrag im Rahmen der IACFS Konferenz in Speyer zum Thema «Unity and Diversity of Civil Service in Federal and Unitary/Decentralized Countries» (Eva Maria Belser zusammen mit Thea Bächler)
25.10., Colombo (Sri Lanka)	«Devolution for Development and Harmony: The International Experience», Keynote Speech Book Launch (Eva Maria Belser)
25.10., Colombo	«Models of Power Sharing», Vortrag an der University of Colombo (Eva Maria Belser)
26.10., Colombo	Mitwirkung am National Seminar on Devolution (Eva Maria Belser)
28.10., Jaffna (Sri Lanka)	«Constitutional Safeguards for Units of Power-Sharing», Vortrag an der University of Jaffna, Department of Law (Eva Maria Belser)
28.10., Jaffna	«Pros and cons of the 13 th Amendment to the Constitution of Sri Lanka», Lunch Meeting with Governors (Eva Maria Belser)
28.10., Jaffna	«Exploring Options for Power Sharing in Ethnically Polarised Societies», Civil Society meeting at Chelvanayagam Centre (Eva Maria Belser)

30.10., Male (Malediven)	Treffen mit Mohamed Aslam, Minister of National Planning and Infrastructure, Treffen mit Präsident Mohamed Nasheed, Speaker, Treffen mit Ibrahim Ameer, Minister of Finance, Treffen mit dem Stadtrat von Male, Treffen mit Transparency International, Aiman Rasheed, organisiert durch das EDA, Abteilung Menschliche Sicherheit, und die Schweizerische Botschaft in Colombo (Eva Maria Belser)
30.10., Freiburg	«Arme Kinder in der reichen Schweiz», Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung «Interdisziplinäre Perspektiven auf die Kinderrechte», organisiert von Dr. Gisela Kilde (Thea Bächler)
31.10., Male	Treffen mit Mr. Mohamed Shafeeg Mahmood, Chief Executive Officer of the Local Government Authority, Treffen mit Mitgliedern des Parlaments, mit Ferdinand von Habsburg und Shamha, UNDP, organisiert durch das EDA, Abteilung Menschliche Sicherheit, und die Schweizerische Botschaft in Colombo (Eva Maria Belser)
06.11., Murten	«Bye-bye Demokratie – Die starken Männer sind zurück», Wissenschaftscafé, zusammen mit Prof. Gilbert Casarus und Prof. Mark Schelker (Eva Maria Belser)
09-10.11., Guangzhou (China)	The Second International Conference on Reform of State Governance and Rule of Law an der South China Normal University (SCNU), Faculty of Law: (a) Opening speech; (b) The Economic Constitution of Switzerland, Presentation (Peter Hänni)
12.11., Guangzhou	«The European Union: Institutional Set Up and Functioning», Vorlesung an der SCNU, Faculty of Law (Peter Hänni)
13.11., Guangzhou	«German and French Administrative Systems: A Comparison», Vorlesung an der SCNU, Faculty of Law» (Peter Hänni)
13.11., Guangzhou	«The Economic Constitution of Switzerland», Vortrag an der Guangdong University for Foreign Studies (Peter Hänni)
14.11., Guangzhou	«Fiscal Federalism: The Swiss Tax System between Equality and Autonomy», Vorlesung an der SCNU, Faculty of Law (Peter Hänni)
14.11., Bern	«Comparaison entre systèmes fédéraux et systèmes décentralisés», «Suisse: fédéralisme et répartition des compétences», cours sur la bonne gouvernance et la migration pour diplomates camerounais (GCSP) (Nicolas Schmitt)
18. 11., Addis Abeba (Äthiopien)	«Concepts of States», Vortrag im Rahmen des PhD Seminars, Center for Federalism and Governance Studies, University of Addis Abeba (Eva Maria Belser)
18. 11., Addis Abeba	«Concepts of Power-Sharing», Vortrag am Center for Federalism and Governance Studies, University of Addis Abeba (Eva Maria Belser)
18.11., Salzburg (Österreich)	«Fiscal Federalism in Switzerland», Vortrag am Workshop Comparative Fiscal Federalism, Universität Salzburg (Centre of European Union Studies) (Andreas Stöckli)
18.11., Freiburg	«The Creation of a New Canton: Jura», Vortrag im Rahmen einer Study Tour for Governors of the Philippines (Liliane Minder und Simon Mazidi)
19.11., Freiburg	«Die Fremdplatzierung von Kindern und Jugendlichen in einer interdisziplinären Perspektive», Referat im Rahmen der Vorlesung Verdingkinder als Stiefkinder der Geschichte: Aufarbeitung und Entschädigung, phil.-hist. Fakultät (Liliane Minder)
19. 11., Addis Abeba	«Federalism as an Instrument of Conflict Resolution», Vortrag am Center for Federalism and Governance Studies, University of Addis Abeba (Eva Maria Belser)
19. 11., Addis Abeba	«Federalism and the Protection of Minorities within Minorities», Vortrag am Center for Federalism and Governance Studies, University of Addis Abeba (Eva Maria Belser)
22.11., Addis Ababa	Teilnahme am Symposium on «Federalism and Language Policy for a Multi-Lingual Polity», Vortrag zum Thema «States, Laws and Languages: The Challenge of Multilingual Governance» (Eva Maria Belser)
22.11., Bern	«Airbnb aus verwaltungsrechtlicher Perspektive», Vortrag an der Tagung des Schweizerischen Instituts für Rechtsvergleichung (SIR) zum Thema «Airbnb and the Law: New developments in short-term rentals» (Andreas Stöckli)

27.11., Loccum (Deutschland)	«Verfassung und Verfassungsgebung», Workshop für Mitglieder des Syrischen Verfassungskomitees (Eva Maria Belser)
27.11., Freiburg	«Einführung in das Asylrecht», Vortrag im Rahmen des Quali+ Programmes «Rechtswissenschaft für Nichtjuristen», Universität Freiburg (Simon Mazidi)
28.11., Murten	«Normtypen», Vortrag am Murtner Gesetzgebungsseminar II zur Erlassredaktion, organisiert vom Institut für Föderalismus (Bernhard Waldmann)
28.11., Murten	«Aufbau und Systematik von Erlassen», Vortrag am Murtner Gesetzgebungsseminar II zur Erlassredaktion, organisiert vom Institut für Föderalismus (Peter Hänni)
06.12., Bern	«Das Abstammungsrecht und die Grundrechte», Expertenkommission Abstammungsrecht (Eva Maria Belser)
10. – 11.12., Kalaw (Myanmar)	«Human Security and Good Governance», «Governance and Public Management», «Governance in Federal States», présentations dans le cadre du cours «Advanced Course on Governance and Human Security», organise par l'ambassade Suisse, (Nicolas Schmitt)
11.12., Freiburg	«Kinder und das Individualbeschwerderecht – Papiertiger oder brauchbares Instrument?» Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung «Interdisziplinäre Perspektiven auf die Kinderrechte», organisiert von Dr. Gisela Kilde (Simon Mazidi)
12.12., Luzern	«Nebenbeschäftigungen im öffentlichen Dienst – was erlaubt ist und was nicht», Vortrag an der Tagung zum öffentlichen Personalrecht des Instituts für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis der Universität St. Gallen (Andreas Stöckli)
12.12., Luzern	«Religiöse Bekleidungs Vorschriften im öffentlichen Dienst – verfassungsrechtliche Aspekte», Vortrag an der Tagung zum öffentlichen Personalrecht des Instituts für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis (IRP-HSG) (Elisabeth Joller)
18.12., Freiburg	«Sozialversicherungsrecht», Vortrag im Rahmen des Intensivseminars IUR I, Universität Freiburg (Thea Bächler)
20.12., Krakau (Polen)	Seminar über die direkte Demokratie und den Föderalismus, organisiert durch die Schweizerische Botschaft und der polnischen Vereinigung «Social Contract Incubator» (Nicolas Schmitt)

Impressum:

Institut für Föderalismus

Av. Beauregard 1

CH-1700 Freiburg

Tel. +41 (0) 26 300 81 25

E-Mail: federalism@unifr.ch<http://www.federalism.ch>

Auflage: 400

Redaktion: Institut für Föderalismus

(Koordination: Jean-Pierre Blickle)

Grafik: Daniel Wynistorf, Bern

Druck: Canisius AG, Freiburg

MOT DU PRÉSIDENT

Les cantons ont créé l'Institut du Fédéralisme en 1983. À presque quarante ans, cet institut a déjà une longue histoire et, surtout, une solide réputation: celle d'un organisme expert, dont les connaissances et les conseils sont demandés, recherchés, en Suisse et au-delà des frontières nationales; celle d'un observateur affûté et critique du fédéralisme, dont il dessine les évolutions, pointe les nouveaux enjeux, mesure les risques potentiels. Le fédéralisme est une mécanique fine, réglée par les cantons et dont les rouages complexes rencontrent parfois des grains de sable. Il s'agit alors de les identifier et d'imaginer des solutions dans un esprit d'ouverture et de respect. À ce titre, l'Institut du Fédéralisme joue un rôle de premier plan. Il conseille, accompagne, vient en appui. Mais les avancées obtenues ne doivent toutefois pas être considérées comme acquises. La diversité, le multiculturalisme, les points de vue et les interprétations qui font la force et la richesse du fédéralisme, ne peuvent s'exprimer pleinement que dans un rapport d'attention et de compréhension mutuelle. De la même manière, la proximité que permet le fédéralisme entre le citoyen et l'autorité politique ne peut s'accomplir vraiment que dans un effort de visibilité et de lisibilité du fédéralisme. Ainsi, le fédéralisme doit être entretenu, défendu et promu, que ce soit à l'étranger dans la mise en place de régimes démocratiques, ou en Suisse face aux tendances centralisatrices qui s'affirment.

Aujourd'hui, l'Institut du Fédéralisme est à un moment charnière. Le maintien de prestations de qualité, la capacité à répondre de manière adéquate aux sollicitations tout en poursuivant le développement des missions, nécessitent des ressources financières élargies et inscrites dans la durée. A ce propos, la Confédération a été interpellée et le Parlement fédéral s'est impliqué par le biais d'une motion de commission. Celle-ci demande un financement de base pour l'Institut en tant que centre de compétences. La motion a été adoptée par le Conseil national. Cette décision est une marque de reconnaissance bienvenue. Elle signale aussi l'exigence qu'il faut en faire davantage. Pour un fédéralisme engagé et tourné vers l'avenir.

Pascal Broulis, Président



1. AVANT-PROPOS

Une nouvelle année riche en événements vient de se terminer. En 2019 aussi, beaucoup de choses ont été accomplies dans le domaine du fédéralisme – que ce soit en Suisse ou dans les nombreux pays avec lesquels l'Institut collabore. Au vu des innombrables développements qui ont marqué les relations entre la Confédération, les cantons et les communes, mais aussi d'une certaine instabilité institutionnelle dans plusieurs pays, les prestations de l'Institut ont une fois encore été très recherchées pendant toute cette année.

Le rapport annuel que vous tenez entre vos mains permet aux acteurs institutionnels et aux cercles intéressés de jeter un coup d'œil sur les innombrables activités et les finances de l'Institut en cette année 2019, sous une forme condensée. Mais avant toute chose, il convient de mentionner un certain nombre d'événements qui nous ont particulièrement marqués, car ils vont bien au-delà des activités quotidiennes de l'Institut.

1.1 Financement de base

Depuis la résiliation en 2017 des très anciennes relations contractuelles avec la DDC, l'Institut est financé pour l'essentiel par l'Université de Fribourg. Alors que dans le domaine national la Fondation ch pour la collaboration confédérale, le canton de Fribourg et la principauté du Liechtenstein participent au financement des infrastructures de base de l'Institut, une telle participation est totalement absente pour les prestations dans le domaine international. Cependant les demandes pour de tels services, qu'elles viennent de Suisse ou de l'étranger, restent très nombreuses. Comme l'Institut ne dispose pas des structures de base – un peu dans l'esprit d'une « permanence » – lui permettant de traiter rapidement et de manière compétente ces demandes de soutien et de conseils, il n'a malheureusement pas été possible de répondre à toutes les sollicitations.

Dans ce contexte, le Conseil des États avait adopté en 2018 déjà, à une large majorité, une motion de l'ancien conseiller aux États Beat Vonlanthen (Centre de compétence pour le fédéralisme. Garantir à long terme des prestations de qualité pour la Suisse et d'autres États). La Commission des institutions politiques du Conseil national en a reformulé le texte. La nouvelle motion demande désormais au Conseil fédéral qu'il participe de manière appropriée au

financement d'un centre de compétence pour le fédéralisme. En septembre 2019, le Conseil national a clairement accédé à cette demande. Le Conseil des États se penchera à son tour sur cette motion, probablement en mars 2020. Dans la mesure où l'issue de ce processus politique reste incertaine et que même en cas d'acceptation sa mise en œuvre risque de prendre du temps, l'Institut a pris contact avec le DFAE, de manière à pouvoir au moins négocier un financement de base pour ses activités dans le domaine international, durant une période transitoire, indépendamment de ce processus politique. Les discussions sont toujours en cours. Nous sommes confiants et espérons que l'année prochaine permettra de poser de nouveaux jalons pour le futur de l'Institut.

1.2 Statuts et structure de l'organisation

Sur proposition du Conseil de l'Institut, le Conseil de la Faculté de droit a entrepris, en décembre 2019, une révision totale des statuts de l'Institut. Outre diverses adaptations à des changements opérés dans les règlements de l'Université et de la Faculté, celle-ci comporte également quelques modifications plus substantielles. C'est ainsi que la taille du Conseil de l'Institut a été réduite de 25 à 13 membres au maximum. Afin de prendre en compte la diversité de ses partenaires et de ses domaines d'activités, mais aussi la variété de ses structures de financement, il est prévu que l'Institut dirige dorénavant un centre national et un centre international, chacun avec des comptes séparés. Cela permettra de distinguer plus clairement entre les prestations que l'Institut fournit en Suisse, à la Confédération, aux cantons et aux communes, de celles qu'il offre à des acteurs étrangers, notamment des partenaires de la collaboration au développement. Il va cependant de soi que les deux centres continueront de collaborer étroitement et de rechercher des synergies. Par ailleurs, les statuts permettent désormais d'appeler à la direction des professeurs d'autres facultés. Cela devrait faciliter à l'avenir la prise en compte de l'interdisciplinarité recouvrant le thème du fédéralisme en impliquant des experts et des expertes des sciences politiques et économiques. Les nouveaux statuts doivent encore être approuvés par le Rectorat et le Sénat de l'Université.

L'Institut a également été préoccupé par sa participation au Centre suisse de compétence pour les droits humains (CSDH), puisque l'avenir du projet-pilote mené par la Confédération est resté incer-

tain pendant plusieurs années. Le 13 décembre de cette année, l'attente d'une décision du Conseil fédéral a enfin été récompensée. Le Conseil fédéral a rédigé le message relatif à l'instauration d'une institution nationale indépendante consacrée aux droits de l'homme. Le modèle proposé prévoit une institution indépendante de la Confédération, des cantons et des universités et qui dispose de la personnalité juridique. Le CSDH salue l'initiative, qui a le mérite de satisfaire aux Principes de Paris, mais doit constater que la dotation financière d'un million de francs est insuffisante, si tant est que les cantons et les universités doivent cesser de soutenir le projet. L'Institut du Fédéralisme participe au CSDH depuis la fondation de ce dernier et est en charge des questions institutionnelles. L'année prochaine se posera la question cruciale de l'aménagement de la transition vers cette nouvelle institution.

1.3 Personnel

A la fin du mois de novembre, l'un des tout premiers collaborateurs de l'Institut, *Pierre-Alain Carrel*, a savouré une retraite anticipée. Monsieur Carrel est entré à l'Institut en 1984 comme collaborateur administratif, et cela quelques mois seulement après que les rênes de l'ancien Institut pour le fédéralisme et les structures régionales eurent été confiées à l'Université de Fribourg par la Fondation ch pour la collaboration confédérale. Monsieur Carrel était en charge de la réception et d'innombrables tâches administratives. Ce faisant, il a contribué pendant des décennies au développement de l'Institut et à sa mutation en un centre de compétences national et international universellement reconnu. Monsieur Carrel a toujours fait preuve d'une véritable passion pour l'Institut et ses collaborateurs, et il a accueilli les hôtes et les délégations avec beaucoup d'engagement et de diplomatie. Il faudra longtemps pour s'habituer, dans le domaine de l'accueil, à l'absence de M. Carrel, la «carte de visite» de l'Institut tellement appréciée par tous les visiteurs. Nous le remercions ici de tout cœur pour sa fidélité pendant tant d'années et nous lui souhaitons les vents les plus favorables pour la nouvelle croisière qu'il entame désormais sur l'océan de la vie...

1.4 Perspectives et remerciements

Outre la poursuite des efforts destinés à garantir un financement de base pour les prestations de l'Institut, tant dans le domaine international que dans le secteur national, l'année prochaine nous verra nous consacrer intensivement à la préparation de la première édition d'un séminaire de base («*Grundlagenseminar*») sur le fédéralisme. Sous l'égide de l'Office fédéral de la justice, du Conseil des États, de la Fondation ch, de l'Association des Communes Suisses et de l'Union des villes suisses, l'Institut proposera dès 2021 un séminaire de base de plusieurs jours consacré aux fondements théoriques et à la pratique du fédéralisme suisse. Le séminaire a pour but d'éveiller auprès de ses participants la compréhension pour les questions et les processus relatifs au fédéralisme dans un contexte politique, mais également de les leur faire mieux comprendre, à l'aide d'exemples concrets.

C'est ici pour nous le lieu incontournable où il convient de remercier les membres du Conseil de l'Institut, et tout particulièrement son président, *Pascal Broulis*, Conseiller d'État du canton de Vaud et président de la Fondation ch, et son vice-président, *Jean-Pierre Siggen*, Président du Conseil d'État fribourgeois, pour leur engagement infatigable en faveur de l'Institut. Des relais politiques se révèlent absolument indispensables pour garantir un financement de base approprié de nos prestations.

Nos remerciements s'adressent également à toutes les institutions proches, les soutiens et les mandants de l'Institut, sans oublier l'Université de Fribourg et sa Faculté de droit. Un remerciement tout particulier s'adresse évidemment à nos collaboratrices et collaborateurs. Sans leur participation dévouée et l'apport de leurs réflexions fécondes à nos innombrables projets, il nous serait impossible de publier une fois encore un rapport annuel présentant d'aussi nombreuses activités.

Eva Maria Belser
Bernhard Waldmann
Andreas Stöckli

2. L'ANNÉE 2019 EN BREF

Domaine national

À la demande de la Fondation ch, l'Institut a poursuivi, cette année encore, la tâche consistant à répertorier et à évaluer les développements touchant le fédéralisme en matière de législation, de jurisprudence et de littérature. Par ailleurs, dans le cadre du projet baptisé « Tableau de bord du fédéralisme » (« *Föderalismus-Cockpit* ») (cf. à ce propos le rapport annuel 2018), il a soumis à un examen préjudiciel un certain nombre de projets législatifs de la Confédération et des cantons sous l'angle de leur respect des principes constitutionnels. Les résultats de ces recherches ont été publiés dans la Newsletter sur le fédéralisme de l'IFF, que l'on peut télécharger sur le site web de l'Institut. À cela sont venues s'ajouter six newsletters consacrées aux votations cantonales.

Par ailleurs, cette année, l'élaboration d'avis de droit a pris une place significative importante, ce qui a généré d'intéressantes ressources financières. Pour ce qui concerne les avis de droit eux-mêmes, ils sont présentés plus en détails ci-après dans la rubrique « Sous la loupe » Ch. 3.1 et 5.2. Expertises

Quant à la formation continue et au transfert de savoir, il convient avant tout de mentionner les Séminaires de législation de Morat. En 2019, l'Institut a organisé deux séminaires, l'un sur la méthode de rédaction législative, ou légistique (en collaboration avec le « *Zentrum für Rechtsetzungslehre* » de l'Université de Zurich), et le second sur la rédaction de textes juridiques (en collaboration avec la Chancellerie fédérale et l'Office fédéral de la justice). Au surplus, l'Institut a élaboré, à l'attention d'un groupe de travail composé de représentantes et de représentants de l'Office fédéral de la justice, du bureau du Conseil des Etats, de la Fondation ch, de l'Association des Communes Suisses et de l'Union des villes suisses, un concept détaillé pour la mise sur pied de séminaires de base concernant les principes théoriques et la pratique du fédéralisme suisse. Ce concept a été approuvé en automne par les divers co-contractants. À l'avenir, le séminaire sera organisé par l'Institut, sous l'égide des co-contractants. Le premier séminaire est prévu pour 2021. Il faut finalement mentionner les innombrables prestations des professeurs et collaborateurs lors de conférences et de colloques (cf. la liste détaillée ci-après sous Ch. 5.5.).

Domaine international

Dans le domaine de l'amélioration de l'organisation étatique, beaucoup de choses ont bougé cette année encore. Divers États, qui souffrent depuis longtemps de situations conflictuelles, ont entrepris ou poursuivi des négociations. Dans de nombreux endroits les citoyens sont descendus dans la rue pour manifester contre un pouvoir dictatorial ou corrompu, alors que d'autres États ont poursuivi leurs efforts vers une fédéralisation ou une décentralisation. L'Institut a observé ces multiples développements, et en d'innombrables occasions il a pu mettre à disposition de ses partenaires étrangers son expérience en matière de gestion pacifique de la diversité. Deux délégations du Myanmar ont ainsi visité l'Institut cette année, espérant y trouver un soutien au processus de fédéralisation de leur pays. Thea Bächler, Nicolas Schmitt et Eva Maria Belser ont par ailleurs exercé divers mandats de formation continue et de consultants, qui les ont conduits vers Nay Pyi Taw et d'autres endroits de ce pays caractérisé par la plus ancienne guerre civile du monde (cf. la rubrique « Sous la loupe »). Au printemps, une délégation en provenance d'Italie, conduite par le ministre Riccardo Fraccaro, a également rendu visite à l'Institut. Nos voisins du Sud se sont évidemment intéressés au fédéralisme suisse, mais ils ont montré un intérêt tout particulier pour la manière dont est organisée la démocratie directe. En automne, une délégation de gouverneurs des provinces philippines a passé toute une semaine en Suisse, afin de se confronter tout à la fois théoriquement et pratiquement aux spécificités du fédéralisme. Finalement, un certain nombre d'ambassadeurs et d'ambassadrices ont décidé de venir à Fribourg, afin d'aborder les développements dans leurs pays et de discuter des modalités d'une coopération avec l'Institut du Fédéralisme. En automne toujours, à la demande du Département fédéral des affaires étrangères, Eva Maria Belser s'est rendue au Sri Lanka – avant les élections présidentielles qui avaient été unilatéralement placées sous le signe de la sécurité et de la lutte contre le terrorisme – pour y participer à diverses manifestations, à Colombo et Jaffna, destinées à rappeler l'urgence de thèmes comme la répartition du pouvoir et les différentes modalités de la dévolution. Toujours sur mandat du DFAE, une mission a été conduite aux Maldives. Cet État insulaire a décidé d'entreprendre une profonde décentralisation de son organisation publique et, pour ce qui concerne la mise en œuvre de cet ambitieux projet, a sollicité le soutien de la Suisse.

Après de nombreuses années d'attentes et d'efforts infructueux, il a enfin été possible en automne de cette année d'organiser à Genève une rencontre entre le gouvernement syrien, l'opposition et la société civile et d'entamer, sous l'égide des Nations Unies, des négociations visant à doter d'une nouvelle constitution ce pays déchiré par la guerre. Sur mandat du Centre européen d'études kurdes («*Europäisches Zentrum für kurdische Studien*»), soutenu par le ministère allemand des affaires étrangères, Eva Maria Belser a prodigué aux membres du comité de négociation des cours et des conseils lors de cinq ateliers de travail d'une semaine. Et même si à l'heure actuelle la perspective d'une percée rapide des négociations paraît bien hypothétique, l'Institut s'engagera l'année prochaine pour soutenir, en mots et en actes, les représentantes et les représentants de l'opposition et de la société civile. Dans l'idée de maintenir les négociations au plus près de celles de l'ONU, les prochaines activités – financées par l'UE – seront très vraisemblablement déplacées à Genève.

Le projet européen LoGov, qui réunit 18 partenaires de recherche préoccupés par l'élargissement du fossé entre communes urbaines et rurales, a débuté ses travaux en 2019. Après une manifestation inaugurale à Bolzano et une réunion de coordination à Munich, Flavien Felder et Eva Maria Belser ont abordé le travail de recherche proprement dit au cours de séjours d'études en Argentine, en Ethiopie et à Singapour. Ce projet, agendé sur plusieurs années, doit fournir des informations sur la manière dont les États fédéraux réagissent à la pression croissante des régions métropolitaines au détriment des zones rurales. Quant au programme de recherche du FNS sur le commerce équitable des biens agricoles, auquel participe l'Institut, il a aussi débouché cette année sur de premières rencontres. Son but consiste à élaborer des propositions sur la manière dont la Suisse pourrait appliquer la nouvelle disposition constitutionnelle sur la sécurité alimentaire sans pour autant violer ses obligations internationales.

Organisé en collaboration avec Bolzano et Canterbury, un séminaire interdisciplinaire sur le thème du fédéralisme et de la résolution des conflits («*Federalism and Conflict Resolution*») s'est tenu en mai pour étudier, en se basant sur plusieurs cas d'étude, le rôle que les modèles fédéraux d'organisation étatique peuvent jouer dans le règlement des conflits internes et dans la gestion pacifique des mouvements séparatistes. Les résultats obtenus par cet atelier d'auteurs seront publiés par McGill University Press.

La planification du prochain séminaire est en pleine discussion. Celui-ci doit se tenir en 2020 à Canterbury: il sera consacré aux ressources naturelles. Dans la collection Palgrave, éditée par Sören Keil et Eva Maria Belser sur le thème «*Federalism and Internal Conflicts*», deux nouveaux volumes ont été édités cette année. L'un est consacré à la comparaison entre les asymétries constitutionnelles dans les fédérations multinationales, l'autre à l'économie «fédérative» au Nigeria (cf. l'énumération ci-après sous point 5.1). La collaboration avec nos partenaires institutionnels s'étend également à la formation continue; plusieurs collaboratrices et collaborateurs ont participé cette année encore à diverses manifestations qui se sont déroulées notamment à Bolzano, Canterbury, Innsbruck et Nice. Finalement, l'Institut travaille toujours en partenariat avec le Conseil de l'Europe. Lors de sa session d'automne, le Groupe d'experts indépendants sur la Charte européenne de l'autonomie locale (GIE) a appelé Eva Maria Belser à sa vice-présidence.

La longue collaboration avec le «*Centre for Federal Studies and Governance*» de l'Université d'Addis Abeba a également pu se poursuivre en 2019. La conférence internationale à Addis, qui a été organisée une fois encore en partenariat entre Addis Abeba, Bolzano, le Cap et Fribourg, a été consacrée à la gestion de la diversité linguistique à tous les échelons de la gouvernance polycentrique. Inspirée par la réalité des affrontements qui se déroulent actuellement en Éthiopie, la conférence s'est focalisée sur la question de savoir si la reconnaissance d'une ou de plusieurs autres langues officielles, en plus de l'amharique, pourrait contribuer à l'apaisement des tensions interethniques, qui ne cessent de s'accroître dans le pays. A l'issue de la conférence, un séminaire de plusieurs jours a de nouveau pu être consacré aux doctorants du «*Centre for Federal Studies and Governance*». L'Institut a également pu accueillir deux jeunes chercheurs éthiopiens, qui sont restés à Fribourg pendant trois mois en qualité de chercheurs invités, ce qui leur a permis de profiter des richesses de la bibliothèque et des échanges entre scientifiques, sans oublier la possibilité de présenter le fruit de leurs recherches lors de séminaires «in house». D'autres intellectuels ont bénéficié de la possibilité d'un séjour à l'Institut, notamment un chercheur venu d'Iran, un autre de Turquie ainsi qu'une chercheuse chinoise.

La Conférence de l'Association internationale des Centres d'étude du fédéralisme (IACFS en anglais) s'est tenue cette année à Spire

sous les auspices de l'Université allemande des sciences administratives («*Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften*»). Consacrée au droit de la fonction publique, elle a mis en lumière d'énormes différences entre les diverses fédérations. Tandis que certains États confient à chacun de leurs membres le soin de répondre de manière autonome aux questions posées par le droit de la fonction publique, d'autres États fédéraux ou très décentralisés pratiquent un droit uniforme en la matière, qui ne laisse pas la moindre marge de manœuvre à leurs entités constituantes. Par ailleurs, cette conférence a également permis d'élargir le nombre des membres de l'Association: désormais, grâce à l'UNAM Mexico, l'IACFS compte enfin un représentant du Mexique. Les deux centres de Saragosse et Leioa vont lui permettre d'intensifier ses liens avec l'Espagne.

Pour ce qui concerne les conséquences du Brexit, le parlement écossais a commandé à l'Institut un avis de droit sur le marché intérieur. Le parlement s'est demandé de quelle manière il allait être possible de répartir entre Londres et Edimbourg les compétences rétrocedées par l'UE au Royaume-Uni. Ce faisant, il a examiné les réglementations en la matière adoptées par le Canada, les États-Unis et la Suisse. L'année prochaine, une délégation du parlement se rendra en Suisse pour discuter de cet avis de droit avec des spécialistes du marché unique de la Confédération et des cantons.

Un autre avis de droit a été commandé par la Commission fédérale contre le racisme (CFR). Il s'agissait en l'occurrence de se prononcer sur un tout récent arrêt du Tribunal fédéral qui s'était penché sur la loi neuchâteloise sur le stationnement des communautés nomades (LSCN). Parce que cette nouvelle loi est seulement la deuxième *lex specialis* adoptée en Suisse pour réglementer le séjour des Roms, des Sintis et autres Manouches sur le territoire d'un canton, la CFR a demandé à l'Institut d'estimer la compatibilité des réglementations proposées avec le droit supérieur, fédéral et international.

Dans le contexte du Centre suisse de compétence pour les droits humains (CSDH), dont l'avenir institutionnel semble enfin s'éclaircir quelque peu (cf. l'avant-propos), deux thèmes ont été particulièrement présents: les droits fondamentaux des seniors et la transposition en droit suisse de la Convention des Nations-Unies relative aux droits des personnes handicapées (cf. la rubrique «*Sous la loupe*»). Comme la mise en œuvre des propositions du

Conseil fédéral pour le futur du CSDH prendra encore un certain temps, le projet pilote du CSDH devrait probablement être prolongé de deux années. L'Institut du Fédéralisme continuera donc de se consacrer aux aspects institutionnels liés à la transposition des droits humains par la Confédération, les cantons et les communes. Nous en sommes d'autant plus heureux qu'il nous sera toujours possible de compter sur la collaboration de Liliane Minder, qui a terminé avec succès une thèse consacrée au traitement des violations passées des droits fondamentaux.

En janvier de cette année, Eva Maria Belser s'est vu décerner le Prix suisse du fédéralisme 2019. La récompense lui a été remise à Interlaken, à l'occasion d'un séminaire de la Fondation ch, par le Conseiller d'État Pascal Broulis, président de la Fondation ch, et par la Conseillère d'État Heidi Z'graggen, vice-présidente. En l'honneur de la sorte, la Fondation ch a souhaité rendre hommage aux activités de l'Institut du Fédéralisme en matière de recherche, de formation continue et de conseil – ce qui en même temps va l'encourager à poursuivre ses efforts infatigables pour mieux comprendre le fédéralisme et ses innombrables aménagements, mais aussi pour mettre à disposition des partenaires intéressés les résultats obtenus et les expériences acquises.

3. SOUS LA LOUPE

3.1 Expertises juridiques et avis de droit

La rédaction d'expertises juridiques et d'avis de droit appartient depuis toujours aux tâches fondamentales de l'Institut du Fédéralisme. Dans les premières années de son existence, il s'agissait essentiellement de présentations comparatives de la situation existant dans les divers cantons pour certains thèmes bien précis. Grâce à l'informatique (et notamment à un système comme LexFind), de telles demandes ont sensiblement diminué au cours des dernières années. Aujourd'hui, les thèmes qui dominent dans les avis de droit touchent aux questions de la répartition constitutionnelle des compétences entre la Confédération et les cantons, de l'aménagement de concordats intercantonaux et intercommunaux et de leur interprétation, sans oublier le fédéralisme financier. A cela s'ajoutent des avis de droit consacrés à toutes sortes d'autres aspects du droit constitutionnel et administratif, ceux-ci présentant presque toujours un lien plus ou moins direct avec le fédéralisme.

L'énumération détaillée des expertises juridiques et des avis de droit réalisés en 2019 se trouve ci-après sous le chiffre 5.2. Nous allons nous borner ici à mentionner quelques éléments bien spécifiques.

C'est ainsi que la CDIP (plus précisément la Conférence des délégués cantonaux aux affaires culturelles, CDAC), s'est tournée vers l'Institut quand il a été question d'une obligation de soutien mutuel des cantons dans le domaine des institutions culturelles interrégionales. L'Institut a d'une part rédigé un avis de droit sur la portée et les instruments de l'art. 48a CF dans le contexte spécifique des institutions culturelles interrégionales, et d'autre part il a participé à un groupe d'expertes et d'experts.

Une autre tâche a concerné l'aménagement juridique de la collaboration entre les communes fribourgeoises lorsqu'elles sont confrontées à la protection, à l'entretien et à la planification de paysages d'importance cantonale. En présence d'objets qui touchent le territoire de plusieurs communes (ce qui est souvent le cas pour les paysages d'importance cantonale), ces dernières sont obligées de collaborer pour satisfaire à leurs obligations en termes d'exécution. L'Institut a réalisé une sorte de «modèle de convention» destiné au canton et aux communes; cette convention-type doit aider les communes à s'orienter dans l'institutionnalisation de leur collaboration.

En mai 2017 un postulat a été accepté par le Conseil national, qui chargeait le Conseil fédéral de lui soumettre une proposition pour

l'introduction d'un «frein au personnel» analogue au frein aux dépenses. Le but visé par le postulat est de réduire la densité réglementaire en durcissant les conditions à remplir pour que puisse être voté un texte qui entraîne des dépenses élevées ou l'engagement de personnel. Dans un avis de droit sollicité par l'Office fédéral du personnel (OFPER), l'Institut a examiné la manière dont un «frein au personnel» pourrait être aménagé et les défis juridiques qu'il imposerait de relever. En outre, les conséquences potentielles d'un tel «frein au personnel» sur la procédure législative et les activités quotidiennes du Parlement ont été analysées. Le 20 septembre 2019, le Conseil fédéral a publié son rapport en réponse au postulat, un rapport dont plusieurs arguments non négligeables reposent sur l'avis de droit qui avait été demandé; le rapport propose de classer le postulat.

Après qu'une publicité à contenu religieux affichée sur un bus des Transports publics biennois eut déclenché d'intenses discussions dans les médias mais aussi dans le domaine politique, avec notamment le lancement d'un postulat interpartis adressé au Conseil communal de Bienne et intitulé «Pas de prosélytisme sur nos bus», les TPB se sont adressés à l'Institut pour obtenir un avis de droit leur permettant de savoir exactement la marge de manœuvre dont ils disposent en matière de publicité à contenu religieux et politique. L'avis de droit conclut pour l'essentiel qu'une interdiction générale de la publicité à caractère religieux et politique dans les véhicules et les installations de l'entreprise n'est pas admissible du point de vue constitutionnel. En revanche, dans certains cas particuliers, une interdiction peut se justifier.

La Loi fédérale sur le dossier électronique du patient (LDEP) a introduit dans la LaMal une nouvelle condition d'admission pour les hôpitaux, imposant à ces derniers de se raccorder dans le délai de trois ans après son entrée en vigueur, autrement dit jusqu'au 14 avril 2020, à une communauté ou une communauté de référence aux termes de la LDEP, de manière à pouvoir gérer le dossier électronique du patient. Dans un avis de droit mandaté par l'Office fédéral de la santé publique (OFSP), l'Institut a étudié les conséquences juridiques frappant les hôpitaux qui ne se plieraient pas en temps utiles à cette contrainte. L'avis de droit arrive notamment à la conclusion qu'en ce qui concerne les listes d'établissements hospitaliers, une radiation de la liste pourrait être considérée comme une violation du principe de proportionnalité – une appréciation qui pourrait avoir toute son importance notamment pour les cantons compétents en matière de planification hospitalière.

Finalement, l'Institut s'est aussi penché en 2019, dans un avis de droit demandé par la Direction de l'intérieur du canton de Zoug, sur toute une série de questions juridiques liées à la résiliation de la Convention intercantonale sur la gestion de l'école forestière intercantonale de Maienfeld, une abrogation qui avait été décidée par le canton de Zoug fin 2017 pour entrer en vigueur fin 2020.

3.2. Le Myanmar (ex-Birmanie) et le fédéralisme : un si long chemin ...

Bref historique

Née de l'unification de plusieurs royaumes au X^e siècle, la Birmanie a été colonisée par le Royaume-Uni en 1824, avant de gagner son indépendance en 1948, sous le nom de « Union of Burma ». Depuis 1989, son nom officiel en birman est Myanma (référence aux premiers habitants du monde) de sorte que la transcription usuelle « Myanmar » est un peu incorrecte.

Contexte politique

Le Myanmar regroupe, en sus de la majorité birmane de souche, plus de 130 minorités ethniques disposant de leurs langues et leurs cultures propres. Elles forment près d'un tiers de la population et occupent plus de la moitié du territoire. Dès 1947, des tensions ont surgi entre la majorité birmane et les groupes ethniques minoritaires. Aung San, le père d'Aung San Suu Kyi, considéré comme le père du Myanmar moderne pour l'avoir libéré de ce qui était alors le Commonwealth britannique, a convoqué une réunion avec des groupes minoritaires dans la ville de Panglong, dans le nord de l'État de Shan. Il s'est engagé à créer un système fédéral après l'indépendance, dans lequel l'égalité entre tous les groupes ethniques serait garantie. Mais son engagement n'a pas pu être concrétisé, car il a été assassiné peu avant l'indépendance, après quoi des groupes minoritaires ont pris les armes contre le gouvernement central à prédominance birmane. Le conflit dure encore, ce qui en fait la plus longue guerre civile au monde.

Depuis 1962, ce pays a connu toute une série de dictatures militaires, qui ont laissé la place en 2011 à un pouvoir civil, mais de facto le poids de la hiérarchie militaire reste prépondérant. Ainsi, 25% des sièges de députés sont réservés à des militaires non élus. À la suite de la victoire de son parti, la Ligue nationale pour la démocratie (NLD) aux élections de novembre 2015, un proche d'Aung San Suu Kyi est devenu président, alors qu'elle-même a accédé à un poste équivalent à celui de Premier ministre.

En dépit de ses beautés et de ses richesses naturelles, le Myanmar fait partie des États caractérisés par leur fragilité, autrement dit par l'incapacité du gouvernement de garantir la sécurité des citoyens et d'assurer les services publics de base ainsi que par l'absence d'une relation constructive entre autorités et population. Les conflits, la violence et les violations des droits de l'homme comptent parmi les principaux problèmes à résoudre pour lutter contre la fragilité du pays et, de manière plus générale, contre la pauvreté.

Le fédéralisme au Myanmar : un rêve ancien... et lointain

Le fédéralisme pourrait-il contribuer à la paix ? Sous l'égide d'Aung San Suu Kyi, le Myanmar souhaite redonner vie à son rêve de transformation en État fédéral. Dans une tentative de résoudre le conflit – un objectif-clé des ambitions fédéralistes de Suu Kyi – le gouvernement a tenu la troisième session de la Conférence de paix de l'Union de Panglong au XX^e siècle dans la capitale du pays, Nay Pyi Daw, en juillet 2018.

Faute de réelle volonté politique, la Conférence, qui rassemblait des représentants du gouvernement, des militaires et des groupes ethniques armés pour tenter de calmer les tensions tout en ébauchant un éventuel gouvernement fédéraliste, n'a pas réalisé de progrès significatifs. Mais dans ses observations finales du 16 juillet, la dirigeante a promis de poursuivre les efforts de paix.

En effet, les groupes minoritaires n'envisagent le fédéralisme qu'avec le maintien de leurs propres forces armées et la perception de leurs propres impôts. En retour, ils s'engagent à abandonner leurs revendications d'indépendance, créant ipso facto plusieurs nations au sein d'une nation.

Cela est inacceptable pour la puissante armée du Myanmar (tatmadaw), qui n'acceptera un État fédéral que dans le cadre du système politique actuel. L'armée soutient que les forces rebelles devraient se joindre à elle en qualité de membres d'une force de sécurité frontalière, les autres détails concernant l'autonomie devant être réglés dans des négociations ultérieures.

Difficulté supplémentaire, former un gouvernement fédéraliste implique un changement de Constitution, qui exige le consentement de plus des trois quarts du Parlement, dans lequel le quart des sièges est réservé aux militaires.

La position de la Suisse

Une fois indépendant, le nouvel Etat a immédiatement été reconnu par la Suisse. Les relations diplomatiques ont été établies en 1956. Depuis 1957, la Suisse a simplement disposé d'un consulat honoraire dans la capitale Rangoon, aujourd'hui appelée Yangon. Elle y a ouvert une ambassade en 2012, dans le sillage de la transition démocratique et de la volonté du pays de s'ouvrir sur le monde.

La Suisse soutient de nombreux projets au Myanmar : les négociations pour un cessez-le-feu dans tout le pays, des voyages d'étude pour les principales parties prenantes, le « Centre for Diversity and National Harmony » et l'établissement d'un code de conduite pour des élections et des campagnes électorales libres et impartiales. Notre pays invite régulièrement un certain nombre de personnalités appartenant aux ministères, au parlement, aux gouvernements régionaux, aux partis politiques et à la société civile, pour des formations portant sur les relations internationales, la bonne gouvernance et la participation publique.

La Suisse encourage les efforts déployés par le Myanmar dans sa longue route vers la paix, la démocratie et un développement plus harmonieux, tant sur le plan économique que social. Mais pour « sortir des turbulences » et envisager un développement pérenne, une condition préalable doit être remplie : supprimer à la racine les fragilités qui causent ces conflits politiques, sociaux et économiques. La Suisse entend soutenir le processus de paix en s'attaquant au conflit lui-même et en soulignant les connexions entre développement, aide humanitaire et paix, spécialement dans les zones où règne un fragile cessez-le-feu. Dans de telles circonstances, des bénéfices tangibles sont indispensables pour convaincre les belligérants de l'importance de préserver la paix.



La contribution de l'Institut

Vu le contexte, on comprend aisément que la discussion sur le fédéralisme au Myanmar tourne autour de la notion, de la définition, du concept même de fédéralisme. La dimension pédagogique devient essentielle : il s'agit de convaincre toutes les parties des avantages mutuels et réciproques d'un système fédéral, ou alors d'un système très décentralisé s'apparentant au fédéralisme.

Depuis des années, l'Institut du Fédéralisme a été sollicité pour dispenser cet enseignement, que ce soit en accueillant sur un sol neutre des délégations venues s'informer des réalités du fédéralisme, ou alors en envoyant sur place des collaboratrices et des collaborateurs, pour expliquer les atouts que l'idée fédérale peut offrir aux États caractérisés par la diversité linguistique, religieuse et géographique.

En 2019, ces sollicitations ont pris une nouvelle ampleur puisque – outre les traditionnelles visites de délégations à Fribourg – ce ne sont pas moins de trois membres de l'Institut qui ont entrepris le « pèlerinage » sur les rives de l'Irrawaddy.

En juillet, Thea Bächler a participé à trois séminaires à Nay Pyi Daw (la capitale), Phaunggy (Lower Myanmar) et Zeepingyi (Upper Myanmar). Le premier était consacré à la représentativité des pouvoirs locaux et à leurs responsabilités, les deux suivants au fédéralisme et à la décentralisation, dans le but de présenter les informations essentielles permettant aux membres des exécutifs invités d'approfondir leurs connaissances en la matière et de comprendre le concept et le fonctionnement d'un Etat fédéral, tant de manière générale que dans le contexte du processus actuellement en cours au Myanmar.

Du 24 juillet au 4 août, au Hilton de la capitale Nay Pyi Daw, Eva Maria Belser a participé au « Myanmar Federalism Leadership Program 2019 », un programme plus spécifiquement consacré à la répartition des compétences et aux collectivités locales. La co-directrice de l'Institut a donné plusieurs cours, participé à plusieurs séminaires et autres groupes de travail, sans compter une dernière journée consacrée à des exercices de simulation permettant aux participants de mettre en œuvre les compétences acquises.

Finalement, les 10 et 11 décembre à Kalaw, sous les auspices de l'ambassade de Suisse représentée par M. Thomas Meier, Nicolas Schmitt a participé au « Advanced Course on Governance and Human security », pour les alumni des formations soutenues par la Suisse. Il a donné deux journées de cours sur la bonne gouvernance et le maintien de la paix, se focalisant sur le

rôle-clé que le fédéralisme et la décentralisation peuvent jouer dans ces processus.

Certes, le chemin est encore long vers le Myanmar fédéral, mais il n'est pas nécessaire d'espérer pour entreprendre, ni de réussir pour persévérer.

3.3. Le Centre suisse de compétence pour les droits humains (CSDH)

En 1993, l'Assemblée générale des Nations Unies a adopté une résolution sur les institutions nationales en charge de la promotion et de la protection des droits de l'homme. Celle-ci enjoignait à chaque Etat membre de mettre sur pied une institution consacrée aux droits humains, qui soit à la fois nationale et indépendante. Dans le jargon onusien, de telles structures sont baptisées INDH (Institutions nationales des droits de l'homme, et en anglais NHRI National Human Rights Institutions). L'indépendance doit lui permettre de travailler avec les autorités de tous les niveaux, avec des ONGs, l'économie privée et le monde de la recherche ainsi que de soutenir ses activités d'encouragement et de protection des droits de l'homme.

Avec le Centre suisse de compétence pour les droits humains (CSDH), la Suisse possède une telle INDH depuis 2011, mais sous la forme d'un projet-pilote à durée limitée. Il s'agit d'un réseau interuniversitaire que la Confédération subventionne à hauteur d'un million de francs par an. Les Universités de Berne, Fribourg, Genève, Neuchâtel et Zurich font partie de ce réseau. Pour remplir les différentes tâches qui lui incombent, six thématiques ont été définies : migration, justice et police, politique du genre, politique de l'enfance et de la jeunesse, droits humains et économie, et enfin questions institutionnelles. Depuis le début du projet-pilote, l'Institut du Fédéralisme fait partie du CSDH. Dans la mesure où l'Institut se consacre à la dimension fédérale de la protection des droits humains, il est en charge des questions institutionnelles. Les cantons mentionnés supportent les coûts d'infrastructure de l'INDH. Les fonctions et les tâches du CSDH englobent notamment :

- la mise à disposition de compétences techniques orientées vers la pratique dans le domaine des droits de l'homme ;
- des enquêtes et des évaluations sur la portée et la transposition concrète dans la pratique des normes relatives aux droits de l'homme ;
- la documentation et l'analyse de la situation en Suisse en regard des droits de l'homme, ainsi que le soutien technique, méthodologique et normatif des autorités en matière de collectes d'informations et la publication de rapports ;
- l'encouragement d'un échange systématique de « know how » et la mise à disposition d'une plateforme de dialogue, mais également ;
- la préparation d'instruments de sensibilisation dans le domaine des droits de l'homme et l'organisation de séminaires de formation.

À l'origine, l'existence du CSDH était limitée à une période d'essai de quatre ans. En 2015, elle a été prolongée par le Conseil fédéral de quatre années supplémentaires. En décembre 2019, le Conseil fédéral a mis fin au long suspense entourant la survie du CSDH, avec la publication d'un message relatif à une solution pérenne pour une INDH. Le but poursuivi par le gouvernement consiste à transformer l'INDH en une corporation de droit public (association). Les dispositions sur l'INDH doivent être ancrées dans l'actuelle Loi fédérale sur des mesures de promotion civile de la paix et de renforcement des droits de l'homme. Un autre but tient à la préservation de l'ancrage universitaire et, de la sorte, au maintien de sa localisation dans une ou plusieurs universités. Afin qu'il n'existe aucune lacune entre le projet-pilote limité à fin 2020 et l'institution qui doit lui succéder, le Conseil fédéral prévoit une prolongation de deux années supplémentaires (soit jusqu'à la fin 2022). Le parlement devra se prononcer au printemps 2020.

Les années précédentes, l'Institut du Fédéralisme a traité pour le CSDH d'innombrables sujets posant des questions institutionnelles ou revêtant un intérêt spécial pour les cantons et les communes. Au cours de l'année couverte par le présent rapport, ce sont les recherches sur les droits des personnes en situation de handicap qui ont occupé l'essentiel du thème consacré aux questions institutionnelles.

La Suisse a ratifié en 2010 la Convention de l'ONU relative aux droits des personnes handicapées (CDPH). La convention oblige tous les États signataires de promouvoir, de protéger et d'assurer la pleine et égale jouissance de tous les droits de l'homme et de

toutes les libertés fondamentales par l'ensemble des personnes handicapées, mais aussi de promouvoir le respect de leur dignité intrinsèque.

La Confédération, les cantons et les communes sont chargées de l'application de ces prescriptions. Les cantons jouent cependant un rôle central. Le fédéralisme de la Suisse et les différences entre cantons (mais aussi entre communes) inhérentes au système peuvent, dans ces questions liées aux droits de l'homme, représenter aussi bien des chances que des risques. Dans le contexte de la thématique des « Questions institutionnelles », divers projets et mesures touchant la question de l'accession autonome des personnes handicapées à la vie en société ont été rassemblés : ils proviennent de six cantons de la Suisse du Nord-Ouest, de l'Est, de l'Ouest et du centre. Depuis 2020, ils sont présentés sur le site Internet brk-praxisbeispiele.ch respectivement cdph-bonnespratiques.ch. Les projets sélectionnés sont représentatifs des mesures de mise en œuvre, et ils doivent donc servir d'information et d'inspiration pour les autorités cantonales et communales, mais aussi pour d'autres acteurs du secteur. Les mesures cantonales d'application touchent les thèmes suivants :

- **Logement :** libre choix du lieu et de la forme de l'établissement;
- **Travail et formation :** autodétermination quant au choix de la structure de jour, respectivement de l'occupation – avec ou sans salaire – ainsi que de la formation ;
- **Soutien :** flexibilisation et individualisation d'offres spécifiques de soutien (y compris une contribution d'assistance) ;
- **Accès** aux prestations et aux infrastructures ;
- **Codécision :** incorporation de personnes handicapées dans la prise de décision des autorités ;
- **Garantie de l'existence :** garantie de l'existence comme base d'une vie autonome.

Le site Internet ainsi créé brk-praxisbeispiele.ch s'adresse en priorité aux autorités cantonales et communales, aux organisations et aux professionnels. Mais il est également accessible aux personnes en situation de handicap. C'est la raison pour laquelle ce site web a été programmé « sans barrières », et tous les textes y sont disponibles en allemand et en français, mais aussi en langage simplifié.

4. ORGANISATION

4.1 Développements internes

L'année 2019 est marquée par le départ à la retraite à fin novembre de Pierre-Alain Carrel, collaborateur à la réception après plus de 35 années de fidélité et d'engagement en faveur de l'Institut.

Dans le cadre de ce changement, la direction a décidé d'offrir une opportunité à une personne en formation et a décidé de créer une nouvelle place d'apprentissage. Après les préparatifs et la formation de circonstance, une apprentie employée de commerce a pu débiter en août sa 2^{ème} année de formation.

En plus de cette mutation, trois collaboratrices scientifiques ont quitté l'Institut, dont deux pour poursuivre leur cursus professionnel au sein des chaires de droit public situées dans le même bâtiment. Toutes les trois ont pu être remplacées.

Un civiliste a effectué son service sur une période de six mois et collaboré en particulier à la mise à jour de la banque de données de fédéralisme, à la préparation de la Summer University 2020 et à l'accueil d'une mission d'études de ministres philippins pendant une semaine.

Depuis le 1^{er} mai, le bureau de la fondation Convivenza – Centre international des minorités est assuré par l'Institut et le conseil de cette dernière a tenu une première séance à sa nouvelle adresse à l'avenue Beauregard 1 en fin d'année.

En mal de place, la bibliothèque a été réorganisée pendant l'été et légèrement agrandie pour donner place aux nouveaux ouvrages acquis chaque année. Dans cet élan, le centre de documentation a trouvé de nouvelles couleurs avec une mise à jour approfondie de sa documentation et une présentation plus attractive.

Le Conseil de l'Institut s'est réuni comme habituellement au printemps et en automne et s'est en particulier penché sur les nouveaux statuts qui ont pu être validés en fin d'année après un gros toilettage.

4.2 Conseil de l'Institut

À la fin de l'année 2019, le Conseil de l'Institut est composé des personnalités suivantes:

Présidence

Pascal BROULIS, Conseiller d'État et Chef du Département des finances et des relations extérieures du Canton de Vaud, représentant de la Fondation ch pour la collaboration confédérale (membre depuis 2017)

Vice-présidence

Jean-Pierre SIGGEN, Président du Conseil d'État du canton de Fribourg, Directeur de l'instruction publique, de la culture et du sport DICS (membre depuis 2014)

Autres membres

Christoph AUER, Chancelier du Canton de Berne (membre depuis 2017)

Simon COCHRANE, Délégué des étudiants, Université de Fribourg (membre depuis 2019)

Anne-Sophie CONSTANS-LAMPERT, Collaboratrice du Gouvernement au ministère présidentiel et des finances de la Principauté de Liechtenstein (membre depuis 2015)

Jacques DUBEY, Professeur de droit constitutionnel, Université de Fribourg (membre depuis 2014)

Roland MAYER, Directeur de la Fondation ch pour la collaboration confédérale (membre depuis 2019)

Peter MISCHLER, Secrétaire adjoint, Conférence des directrices et directeurs cantonaux des finances (membre depuis 2015)

Nicolas QUELOZ, Professeur de droit pénal, Université de Fribourg (membre depuis 2012)

Félice ROUILLER, Déléguée du corps intermédiaire, Université de Fribourg (membre depuis 2019)

Hubert STÖCKLI, Professeur de droit privé, Université de Fribourg (membre depuis 2010)

Benedikt WÜRTH, Conseiller d'État du Canton de St-Gall et chef du Département des finances, représentant de la Fondation ch pour la collaboration confédérale (membre depuis 2013)

4.3 Collaboratrices et collaborateurs

Direction



Eva Maria Belser, Prof. Dr. iur.
Co-directrice
Professeure de droit
constitutionnel et administratif
evamaria.belser@unifr.ch



Bernhard Waldmann, Prof. Dr. iur.
Co-directeur
Professeur de droit
constitutionnel et administratif
bernhard.waldmann@unifr.ch



Andreas Stöckli, Prof. Dr. iur.
Membre de la direction
Professeur de droit constitutionnel
et administratif
andreas.stoeckli@unifr.ch



Yvonne Heiter-Steiner
Collaboratrice administrative (20%)
yvonne.heiter-steiner@unifr.ch



Tamara Philipona
Collaboratrice administrative (5%)
tamara.philipona@unifr.ch



Lydia Sturny
Collaboratrice administrative (20%)
lydia.sturny@unifr.ch

Domaine National

Bernhard WALDMANN, Prof. Dr. iur.

Andreas STÖCKLI, Prof. Dr. iur.



Florian Bergamin, Mlaw
Assistant diplômé
florian.bergamin@unifr.ch



Claudia HÖCHNER, lic. Phil/Mlaw
Collaboratrice scientifique (80%)
claudia.hoechner@unifr.ch



Elisabeth Joller, Mlaw
Assistante diplômée (100%)
elisabeth.joller@unifr.ch



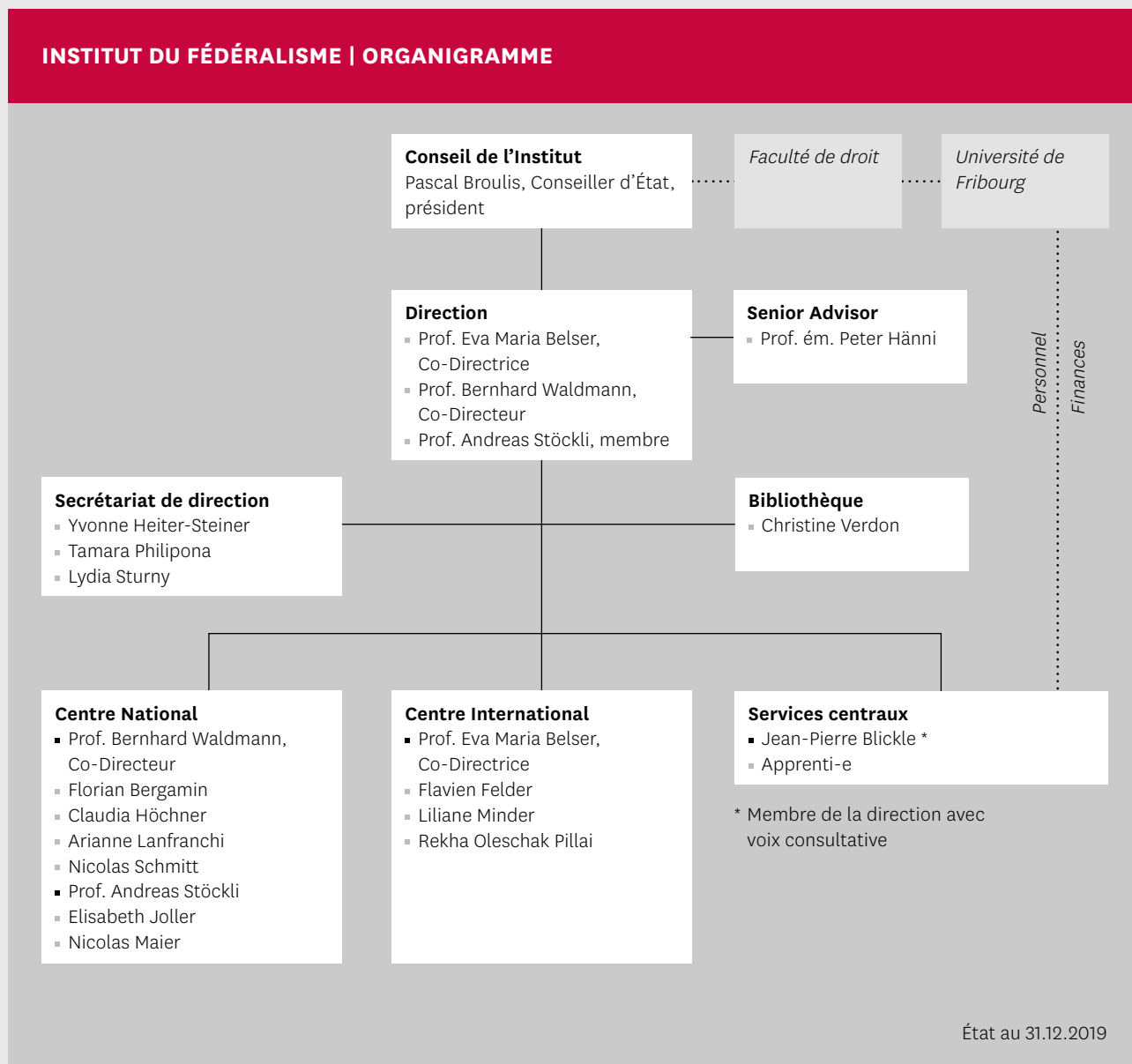
Nicolas Schmitt, Dr. iur.
Collaborateur scientifique supérieur
nicolas.schmitt@unifr.ch

Arianna Lanfranchi, Blaw
Sous assistante
arianna.lanfranchi@unifr.ch

Nicolas MAIER, Blaw
Sous-assistant
nicholas.maier@unifr.ch

*Domaine International***Eva Maria Belser**, Prof. Dr. iur.**Flavien Felder**, Mlaw
Collaborateur scientifique (60%)
flavien.felder@unifr.ch**Liliane Minder**, Mlaw, Avocate
Collaboratrice scientifique (90%)
liliane.minder@unifr.ch**Rekha Oleschak Pillai**, Dr. iur.
Collaboratrice scientifique (à l'heure)
rekha.oleschak@unifr.ch**Peter Hänni**, Prof. ém. Dr. iur.
Senior Advisor
peter.haenni@unifr.ch*Bibliothèque***Christine Verdon**, lic. iur.
Bibliothécaire-médiathécaire scientifique (60%)
christine.verdon@unifr.ch*Services Centraux***Jean-Pierre Blicke**
Responsable administratif (80%)
jean-pierre.blicke@unifr.ch**Sofia Aguilar**
Apprentie
sofia.aguilar@unifr.ch

4.4 Organigramme



5. LES DIFFÉRENTS DOMAINES D'ACTIVITÉ

5.1 Recherche et publications

EVA MARIA BELSER

- Internal Market Approaches – Comparative Research (Switzerland), Report to the Scottish Parliament – Finance and Constitution Committee, 2019, publié sous <https://www.parliament.scot/parliamentarybusiness/CurrentCommittees/113300.aspx> (avec la collaboration de Simon Mazidi).
- Die Befriedung von Krisengebieten durch das Recht, Einige Gedanken zu den Bedingungen gelingender Verfassungsgebung in Zeiten des Aufruhrs: Joachim Lege (édit.), Gelingendes Recht, Über die ästhetische Dimension des Recht, Tübingen 2019, 43–63.
- Droits fondamentaux des personnes âgées en Suisse – un guide pratique, Lucerne 2019 (version en ligne: <https://interact-verlag.ch/collections/neuerscheinungen/products/droits-fondamentaux-des-personnes-agees-en-suisse-un-guide-pratique>) (avec Sandra Egli ainsi qu' Andrea Egbuna-Joss, Sabrina Ghielmini et Christine Kaufmann).
- Grundrechte im Alter, Ein Handbuch, Lucerne 2019 (Version online: <https://interact-verlag.ch/collections/neuerscheinungen/products/grundrechte-im-alter>) (avec Sandra Egli, Andrea Egbuna-Joss, Sabrina Ghielmini et Christine Kaufmann).
- Belgien – Erschütterungsmesser und Taktgeber im Herzen Europas: Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (édit.), Mögliche Szenarien einer Staatsreform nach 2019, Analysen und Perspektiven im aktuellen belgischen Kontext, Beiträge zum Kolloquium vom 13. April 2018 im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Eupen, Schriftenreihe Deutschsprachige Gemeinschaft, Bd. 9, Eupen 2019, 43–55.
- Multidisciplinary Authors' Workshop Federalism and Conflict Resolution, 23.–24. Mai 2019, Fribourg (avec la collaboration de Flavien Felder).
- Scientific cooperation on federalism as a peace-making instrument in the Horn of Africa, Centre for Federal Studies (CFS) of Addis Ababa University (AAU): International Conference on «Federalism and Language Policy for a Multi-lingual Polity», jointly organised by the Centre for Federal Studies and Governance (CFS) of Addis Ababa University (AAU), the South African Research Chair in Multilevel Government, Law and Policy (SARChI) of the Dullah Omar Institute for Constitution, Governance and Human Rights of the University of the Western Cape, the Institute for Comparative Federalism of Eurac Research Bozen, and the Institute of Federalism of Fribourg University, Addis Ababa, November 2019.
- LoGov – Local Government and the Changing Urban-Rural Interplay (H2020-MSCA-RISE-2018 Grant Agreement). L'IFF est partenaire de ce projet Horizon 2020. Eva Maria Belser est membre du Research Coordination Committee (RCC). Dans le cadre du projet LOGOV les activités suivantes ont été effectuées:
 - Bozen Kick-off Meeting LoGov – Local Government and the Changing Urban-Rural Interplay, Bozen 26–27 février (avec la collaboration de Flavien Felder).
 - Meeting of the Research Coordination Committee, Bozen, 27 février.
 - Préparation du dossier «Local Government and the Changing Urban-Rural Interplay Switzerland» (cas d'étude).
 - Séjour de recherche à l'Universidad Nacional de San Martin, UNSAM, Buenos Aires, 4–8 août (Flavien Felder)
 - Séjour de recherche au Centre for Asian Legal Studies (CALs) de la National University of Singapore (NUS), 5–20 août
 - LoGov – Local Government and the Changing Urban-Rural Interplay, 2nd RCC Meeting, München 16 septembre (Eva Maria Belser avec la collaboration de Flavien Felder).
 - Séjour de recherche au Centre for Federal Studies and Governance (CFS) de l'Addis Ababa University (AAU), 11–25 novembre 2019.
- NRP 73 Project «Sustainable Trade Relations for Diversified Food Systems», projet de recherche du FNS. Eva Maria Belser est co-demandeuse (avec la collaboration d'Elisabeth Bürgi et und Stefan Mann). Une première manifestation a eu lieu à Berne le 13 décembre: Joint workshop on benchmarks setting and kick off learning fields.
- Palgrave series «Federalism and Internal Conflicts», Palgrave Macmillian (édit: Sören Keil et Eva Maria Belser).

Sont parus:

- Patricia Popelier/Maya Sahadžić (édit.), Constitutional Asymmetry in Multinational Federalism, 2019.
- Dele Babalola, The Political Economy of Federalism in Nigeria, 2019.

FLORIAN BERGAMIN

- Föderalismusrelevante Rechtsprechung des Bundes- und des Bundesverwaltungsgerichts im Jahr 2018, Newsletter du fédéralisme suisse 1/2019 (avec la collaboration de Klara Grossenbacher).
- Verfassungsmässigkeit des Graubündner Parlamentswahlsystems, in: Newsletter du fédéralisme suisse 2/2019.
- Föderalismus-Cockpit: Rechtliche Würdigung ausgewählter Geschäfte: Newsletter du fédéralisme suisse 2/2019 (avec la collaboration de Claudia Höchner et Liliane Minder).

- BGer 1C_511/2018: Hohe Anforderungen an touristisch bewirtschaftete Zweitwohnungen und ihre fraglichen Auswirkungen auf die Parahotellerie: Aktuelle juristische Praxis (AJP) 12/2019, p. 1340–1344 (avec la collaboration de Franziska Raaflaub).

ANDREA EGBUNA-JOSS

- Internationale Berichterstattungspflichten und Follow-up im Bereich Menschenrechte: Die Arbeiten des SKMR, Status Quo und Ausblick, mars, Newsletter du CSDH.

SANDRA EGLI

- Grundrechte im Alter, Ein Handbuch, Luzern 2019 (Version en ligne: <https://interact-verlag.ch/collections/neuerscheinungen/products/grundrechte-im-alter>) (avec la collaboration de Andrea Egbuna-Joss, Sabrina Ghielmini, Eva Maria Belser et Christine Kaufmann).
- Droits fondamentaux des personnes âgées en Suisse – un guide pratique, Lucerne 2019 (Version en ligne: <https://interact-verlag.ch/collections/neuerscheinungen/products/droits-fondamentaux-des-personnes-agees-en-suisse-un-guide-pratique>) (avec la collaboration d'Andrea Egbuna-Joss, Sabrina Ghielmini, Eva Maria Belser et Christine Kaufmann).

ELISABETH JOLLER

- Darf Justitia ein Kopftuch tragen?, ZBl 120/2019, p. 115–137.
- Politische und religiöse Werbung an Fahrzeugen und Anlagen öffentlicher Verkehrsbetriebe, ZBl 120/2019, p. 475–500 (avec la collaboration d'Andreas Stöckli).
- Einführung einer «Personalbremse» auf Bundesebene? – Rechtliche Einordnung und Bewertung, recht 2019, p. 258–273 (avec la collaboration d'Andreas Stöckli).

LUKAS MARXER

- Ausgewählte Entwicklungen im Regierungs- und Verwaltungsorganisationsrecht der Kantone im Jahr 2018/2019, in: Jahrbuch 2018/2019 der Schweizerischen Vereinigung für Verwaltungsorganisationsrecht, Bern 2019, p. 323–345 (avec la collaboration d'Andreas Stöckli).

LILIANE MINDER

- Mise en oeuvre de la Convention relative aux droits des personnes handicapées (CDPH) de l'ONU, mesures de mise en oeuvre de six cantons choisis, Website «brk-praxisbeispiele.ch»

bzw. «cdph-exemplespratiques.ch», Centre suisse de compétence pour les droits humains.

- The Case of Jura in Switzerland, in: Understanding the Occurrence and Outcome of Self-Determination Referenda in Europe, Fédéralisme Régionalisme, Université Liège, Belgique, 19/2019 (avec la collaboration de Simon Mazidi).
- «Die lachhafte Gerechtigkeit», Quid Law Review, 1/2019.

NICOLAS SCHMITT

- Local Government in Switzerland: Organisation and Competences – Местное правительство в Швейцарии: Организация и Компетенция, in Local Government and Direct Forms of Democracy – The Experience of Russia and Switzerland, AKF «Polito» Publishers, Kaluga 2019, p. 15 (anglais), p. 63 (russe).

ANDREAS STÖCKLI

- Bundesrat und Bundesverwaltung: Maya Hertig Randall/Benjamin Schindler/Oliver Diggelmann (édit.), Verfassungsrecht der Schweiz / Droit constitutionnel suisse, Band III, Zürich/Basel/Genf 2020, p. 1723–1756.
- Verwaltungskontrolle – eine Einführung, in: Jahrbuch 2018/2019 der Schweizerischen Vereinigung für Verwaltungsorganisationsrecht, Berne 2019, p. 3–46.
- Ab welchem Zeitpunkt gilt der neue kantonale Richtplan? – Remarques sur le jugement 602 2019 3 du Tribunal cantonal du canton de Fribourg du 3 septembre 2019: Freiburger Zeitschrift für Rechtsprechung (FZR) 2019, p. 135–147.
- Einführung einer «Personalbremse» auf Bundesebene? – Rechtliche Einordnung und Bewertung: recht 2019, p. 258–273 (avec la collaboration d'Elisabeth Joller).
- Elektronisches Patientendossier und Krankenversicherungsrecht: Was passiert mit Spitälern, die sich nicht rechtzeitig einer (Stamm-)Gemeinschaft gemäss EPDG anschliessen?: Aktuelle Juristische Praxis (AJP) 2019, p. 1156–1170.
- Politische und religiöse Werbung an Fahrzeugen und Anlagen öffentlicher Verkehrsbetriebe: Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (ZBl) 9/2019, p. 475–500 (avec la collaboration d'Elisabeth Joller).
- Neujustierung des Schweizerischen Finanzausgleichs: Kompromiss zwischen «ressourcenstarken» und «ressourcenschwachen» Kantonen gefunden!: Europäisches Zentrum für Föderalismusforschung (édit.), Jahrbuch des Föderalismus 2019, Tübingen 2019, p. 285–298.

- Staatliche Aufsicht über die Wirtschaft und ihre Akteure – Organisatorische Fragen: Isabelle Häner/Bernhard Waldmann (édit.), Staatliche Aufsicht über die Wirtschaft und ihre Akteure, Zürich 2019, p. 105–151.
- Wege zur Umsetzung der Menschenrechtskonvention in der Schweiz: Plädoyer 3/19, S. 20–23.
- Prämienverbilligungen für Kinder und junge Erwachsene in Ausbildung – welcher Spielraum verbleibt den Kantonen? Remarques du BGE 145 I 26: Newsletter du fédéralisme suisse 2/2019 (avec la collaboration de Nicolas-Oskar Maier).
- Schweizerische Vereinigung für Verwaltungsorganisationsrecht/ Andreas Stöckli (édit.), Jahrbuch 2018/2019, Verwaltungsorganisationsrecht – Staatshaftungsrecht – öffentliches Dienstrecht, Berne 2019, 345 pages.
- Rechtsprechung des Bundesgerichts, des Bundesverwaltungsgerichts und der kantonalen Gerichte zum Verwaltungsorganisationsrecht, zum Staatshaftungsrecht und zum öffentlichen Dienstrecht im Jahr 2018: Jahrbuch 2018/2019 der Schweizerischen Vereinigung für Verwaltungsorganisationsrecht, Berne 2019, p. 195–271 (avec la collaboration de Peter Hänni).
- Ausgewählte Entwicklungen im Regierungs- und Verwaltungsorganisationsrecht der Kantone im Jahr 2018: Jahrbuch 2018/2019 der Schweizerischen Vereinigung für Verwaltungsorganisationsrecht, Berne 2019, p. 223–245 (avec la collaboration de Lukas Marxer).
- Rechtsprechung zur Baubewilligung.: Baurecht 5/2019, p. 220–225.
- Rechtsprechung zur Baubewilligung: Baurecht 2/2019, p. 81–86.

BERNHARD WALDMANN

- Allgemeines Verwaltungsrecht (avec la collaboration de René Wiederkehr), Zürich/Bâle/Genève 2019.
- Staatliche Aufsicht – Eine Einführung: Isabelle Häner/Bernhard Waldmann (édit.), Staatliche Aufsicht über die Wirtschaft und ihre Akteure, 7. Forum für Verwaltungsrecht, Berne 2019, p. 1–20.
- Kommentar zu Commentaire de l'Art. 23e–23m NHG: Peter M. Keller/Jean-Baptiste Zufferey/Karl-Ludwig Fahrländer (édit.), Kommentar NHG, 2. Aufl. (avec la collaboration de Julien Bortat), Zürich/Bâle/Genève 2019.
- Rechtsprechung zum öffentlichen Recht, Bereich «Raumplanung»: Zeitschrift für Baurecht und Vergabewesen BR/DC 2019, 77–81, 280–284.

FLORIAN BERGAMIN/CLAUDIA HÖCHNER/LILIANE MINDER

- Föderalismus-Cockpit: Rechtliche Würdigung ausgewählter Geschäfte: Newsletter du fédéralisme suisse 2019/2.

5.2 Expertises

Activité d'experte dans le cadre du processus constitutionnel organisé par l'Europäisches Zentrum für kurdische Studien Berlin (**Eva Maria Belser** et **Sören Keil**). En 2019, les cinq événements suivants ont eu lieu:

- Drafting Workshop – Constitution of Syria (Berlin, 12–13 janvier);
- «Einheit in Vielfalt – Eine Verfassung für Alle Syrer*innen», 1^{er} workshop pour les membres de la Commission constitutionnelle syrienne (Malte, 26–30 mars);
- «Einheit in Vielfalt – Eine Verfassung für Alle Syrer*innen», 2^{ème} workshop pour les membres de la Commission constitutionnelle syrienne (Malte, 8–12 mai);
- «Einheit in Vielfalt – Eine Verfassung für Alle Syrer*innen», 3^{ème} workshop pour les membres de la Commission constitutionnelle syrienne (Sarajevo, 7–11 septembre);
- «Einheit in Vielfalt – Eine Verfassung für Alle Syrer*innen», 4^{ème} workshop pour les membres de la Commission constitutionnelle syrienne (Loccum, 27 novembre – 2 décembre);

Publicité religieuse et politique sur les bus, expertise pour les Transports publics bernois, janvier (**Andreas Stöckli** et **Elisabeth Joller**)

Soutien de l'Office fédéral des routes ASTRA dans le cadre d'un workshop dans le domaine de l'économie digitale (UBER), janvier (**Florian Bergamin**)

Soutien de l'Office fédéral des routes ASTRA dans le cadre d'un workshop dans le domaine de la conduite automatisée, janvier (**Florian Bergamin**)

Avis juridique sur l'introduction d'un frein du personnel au niveau fédéral, commandé par l'Office fédéral du personnel (OFFPER), janvier (**Andreas Stöckli** et **Elisabeth Joller**)

Prise de position sur l'avis de droit de l'Office fédéral des routes ASTRA concernant les horodateurs et moyens de paiement des frais de parcage, février (**Florian Bergamin**)

Champ d'application et instruments de l'Art. 48a BV, «Eine Auslegung unter Berücksichtigung interkantonalen Vereinbarungen im Bereich von Kultureinrichtungen von überregionaler Bedeutung», avis de droit pour la CDIP, mars (**Bernhard Waldmann** et **Klara Grossenbacher**)

Prise de position sur l'avis de droit de l'Office fédéral des routes ASTRA concernant la Loi sur les taxis du canton de Zürich, mars (**Florian Bergamin**)

Avis juridique sur le raccordement des hôpitaux à une communauté ou à une communauté de référence selon la directive DME – conséquences d'un raccordement tardif, au nom de l'Office fédéral de la santé publique (OFSP), avril (**Andreas Stöckli** et **Miroslav Barukčić**)

Avis juridique sur la rémunération des heures supplémentaires des collaborateurs du projet SwissSkills 2018, mandaté par le Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation (SEFRI), mai (**Andreas Stöckli** et **Elisabeth Joller**)

Mise en œuvre de la protection, de l'entretien et de la planification des paysages inventoriés d'importance cantonale, soutien de projets et élaboration d'un modèle de convention communale pour la protection et l'entretien des paysages d'importance cantonale, mai (**Bernhard Waldmann**)

Membre de la Commission d'experts instituées par l'Office fédérale de la justice sur le droit de filiation présidée par Prof. Alexandra Jungo, juin (**Eva Maria Belser**)

Avis de droit sur mandat du Finance and Constitution Committees du Parlement écossais à Edinbourg, Internal Market Approaches – Comparative Research (Switzerland), Report to the Scottish Parliament – Finance and Constitution Committee, 2019 (publié dans <https://www.parliament.scot/parliamentarybusiness/CurrenCommittees/113300.aspx>), août (**Eva Maria Belser** et **Simon Mazidi**)

Suivi du projet «Interkantonaler Kulturlastenausgleich: Auslegung»; Participation au rapport du groupe d'expert-e-s mandaté par la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP), jusqu'en septembre (**Peter Hänni**)

Nomination comme vice-présidente du Group of Independent Experts der European Charter of Local Self-Government (GIE), octobre (**Eva Maria Belser**)

Projet de réglementation de la publicité pour les transports publics biennois, novembre (**Andreas Stöckli** et **Elisabeth Joller**)

Bref avis de droit sur la décision du Tribunal fédéral 145 I 73, en faveur de la Commission fédérale contre le racisme CFR, décembre (**Eva Maria Belser** et **Liliane Minder**)

Avis juridique sur les questions légales en lien avec la convention sur le développement et l'exploitation de l'école forestière inter-cantonale de Maienfeld sur mandat de la Direction de l'Intérieur du canton de Zug (décembre 2019) (**Andreas Stöckli** et **Lukas Marxer**)

Conduite d'une enquête administrative diligentée par le gouvernement du canton des Grisons en rapport avec des accords sur des contrats de travail publics au sein de l'Office des travaux publics du canton des Grisons, en cours (**Andreas Stöckli** et **Martin Beyeler**, en collaboration avec **Elisabeth Joller**)

Membre de la Commission fédérale de l'électricité (ElCom) (**Andreas Stöckli**)

5.3 Study Tours

16.04., Fribourg	«Il federalismo e la Svizzera», accueil d'une délégation avec le ministre italien Fraccaro, sur le thème du fédéralisme suisse, organisé par l'ambassade suisse à Rome (Fabrizio Crameri)
02.10., Fribourg	«Theories of Federalism», Study Tour de membres du Secretariat of the Union Peace Dialogue Joint Committee Myanmar sur le thème du fédéralisme, organisé par le DFAE, Division de la Sécurité humaine (Eva Maria Belser)
02.10., Fribourg	«Swiss Federalism», Study Tour de membres du Secretariat of the Union Peace Dialogue Joint Committee Myanmar sur le thème du fédéralisme, organisé par le DFAE, Division de la Sécurité humaine (Eva Maria Belser)
09.10., Fribourg	Visite de l'ambassadrice des Maldives, Hala Hameed, discussion sur les possibilités d'une collaboration et préparation d'un voyage de travail à Male (Eva Maria Belser)
23. – 29.10., Sri Lanka	Study Mission sur le thème Input on Constitutional Models of Power Sharing in Sri Lanka, organisée par le DFAE, Division de la Sécurité humaine et l'ambassade de Suisse à Colombo (Eva Maria Belser)
29.10. – 01.11., Maldives	Study Mission sur le thème de la décentralisation, organisée par le DFAE, Division de la Sécurité humaine et l'ambassade de Suisse à Colombo (Eva Maria Belser)
18. – 22.11., Fribourg	Study Mission d'une délégation des Philippines de 11 gouverneurs des provinces sur thème du fédéralisme en Suisse (Nicolas Schmitt et Flavien Felder)

5.4 Formation continue

13^{ème} colloque scientifique de l'Association suisse du droit public de l'organisation (ASDPO) sur le thème «Contrôles, conformité et gestion des risques dans l'administration et les entreprises publiques» en collaboration avec Stämpfli Verlag AG Berne et l'Université de Fribourg, 25 janvier (**Andreas Stöckli**)

Collaboration aux cours de Master du Centre international de formation européenne (CIFE) à Nice (janvier) (**Eva Maria Belser**)

Collaboration à la Winter School on Federalism and Governance 2019, organisée par l'Eurac Bozen et l'Université d'Innsbruck (février) (**Eva Maria Belser**)

Murtner Gesetzgebungsseminar, Séminaire de base I: Légistique, en collaboration avec le Zentrum für Rechtsetzungslehre de l'Université de Zürich, 10–12 avril, Morat (**Bernhard Waldmann**)

Workshop for the alumni of the Myanmar Federalism Leadership Programme (Nay Pyi Taw, 26 – 28 juillet), organisé par la Hanns Seidel Stiftung München, (**Eva Maria Belser** avec **Sören Keil**, **Christine Forster** et **Paul Anderson**)

Myanmar Federalism Leadership Programme «Designing Federalism for a peaceful and prosperous Myanmar» (Nay Pyi Taw, 29 juillet – 4 août), organisé par la Hanns Seidel Stiftung München, (**Eva Maria Belser** avec **Sören Keil**, **Christine Forster** et **Paul Anderson**)

Journée de formation VESO, conférence sur l'«Autonomie und Selbstbestimmung im Lichte nationaler und internationaler Bestimmungen», 4 octobre, Winterthur (**Liliane Minder**)

Murtner Gesetzgebungsseminar, Séminaire introductif II: Rédaction législative, en collaboration avec la Chancellerie fédérale et l'Office fédéral de la Justice, 27 – 29 novembre, Morat (**Bernhard Waldmann**)

Doctoral Colloquium, Centre for Federal Studies and Governance (CFS) of Addis Ababa University (AAU), novembre (**Eva Maria Belser** et **Nico Steytler**)

5.5 Conférences

07.01., Saas Almagell	« Mit dem Studium in die Welt hinaus – einige Perspektiven », Skilex (Eva Maria Belser)
11.01., Interlaken	« Das Kräfteverhältnis zwischen Regierung und Parlament – Herausforderungen und Tendenzen », séminaire sur le thème « Gouverner aujourd’hui » par la Fondation CH pour la collaboration confédérale (Bernhard Waldmann)
23.01., Nice (France)	« Federalism and Minority Rights – A Multifaceted Relationship », Centre international de formation européenne (CIFE) (Eva Maria Belser)
24.01., Nice	« Ethiopia – A Controversial Experiment with Ethnic Federalism », Centre international de formation européenne (CIFE) (Eva Maria Belser)
24.01., Nice	« Iraq – A Failed Attempt to Impose Federalism », Centre international de formation européenne (CIFE) (Eva Maria Belser)
25.01., Fribourg	« Kontrolle der Verwaltung – Auslegeordnung und aktuelle Herausforderungen », Conférence à la 13 ^{ème} journée scientifique de l’Association suisse du droit public de l’organisation (ASDPO) sur le thème « Kontrolle, Compliance und Risikomanagement in der öffentlichen Verwaltung und in öffentlichen Unternehmen », Université de Fribourg (Andreas Stöckli)
29.01., Lucerne	« Grundrechtliche Fragen am Ende des Lebens », Association des juristes du canton de Lucerne (Eva Maria Belser)
30. – 31.01., Nice	« Comparative Federalism », Centre International de Formation Européenne (CIFE) (Nicolas Schmitt)
30.01., 06.02., Fribourg	« Neue Urteile – neue Entwicklungen im öffentlichen Recht », journées suisses du droit de la construction, organisé par l’Institut pour le droit Suisse et international de la construction de l’Université de Fribourg (Bernhard Waldmann et Rudolf Muggli)
05.02., Innsbrück (Autriche)	« Legal Conflicts in Federal Systems and the Role of Courts », Winter School on Federalism and Governance 2019: Federalism and the Rule of Law (Eva Maria Belser)
06.03., Fribourg	« The Danish Girl », Podium de discussion dans le cadre de la série « Recht im Film » (Eva Maria Belser)
08.03., Berne	« Religiöses Erziehungsrecht und staatlicher Bildungsauftrag im Konflikt », Workshop des Interfakultären Forschungskoooperation (IFK) Religious Conflicts and Coping Strategies de l’Université de Berne sur le thème « Das religiöse Erziehungsrecht der Eltern – Rechtliche und philosophische Perspektiven », Université de Berne (Andreas Stöckli)
14.03., Bienne	« Entwicklung und Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips, Subsidiarität – eine permanente Herausforderung », Journée nationale de Bienne, organisée par la Conférence suisse des institutions de l’action sociales (CSIAS) (Eva Maria Belser)

21.03., Fribourg	«Autonomie und Selbstbestimmung im Lichte nationaler und internationaler Bestimmungen», exposé lors de la Journée de l'INSOS (Liliane Minder)
21.03., Varsovie (Pologne)	«Strong case Study – Education», «Strong case Study – Foreign Affairs», Conférence organisée par l'Ambassade suisse avec l'association polonaise «Social contract Incubator» (Nicolas Schmitt)
27.03., Malte	«Verfassung und Verfassungsrecht – Begriff, Bedeutung und Funktionen», Workshop pour les membres du Comité constitutionnel syrien (Eva Maria Belser)
28.03., Malte	«Menschenrechte: Begriff, Arten, Funktionen», Workshop pour les membres du Comité constitutionnel syrien (Eva Maria Belser)
07.05., Fribourg	«Fürsorgliche Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen, eine Übersicht aus rechtlicher Perspektive», exposé dans le cadre d'un cours de Master, protection des droits fondamentaux et des droit de l'homme de Prof. Eva Maria Belser, Université de Fribourg (Liliane Minder)
10.05., Malte	«Der Transitionsprozess in Südafrika», Workshop pour les membres du Comité constitutionnel syrien (Eva Maria Belser)
10.05., Malte	«Transition und Transitionsgerechtigkeit: Begriff, Bedeutung, Themen», Workshop pour les membres du Comité constitutionnel syrien (Eva Maria Belser)
10.05., Morat	«Regelungsinstrumente», exposé lors des Murtner Gesetzgebungsseminar I: rédaction législative, organisé par l'Institut du Fédéralisme (Bernhard Waldmann)
14.05., Fribourg	«Grund- und Menschenrechte in der Sozialhilfe», exposé dans le cadre d'un cours de Master sur la protection des droits fondamentaux et des droit de l'homme de Prof. Eva Maria Belser, Université de Fribourg (Thea Bächler)
20.05., Trento (Italie)	««Let's talk!» – Solving Constitutional Conflicts between the Confederation and the Cantons Out of the Court», European Colloquium – Managing Constitutional Litigation between national and subnational governments out of court: An analysis of experiences in Europe (Eva Maria Belser)
24.05., Fribourg	«Kurdistan – The Utopia of the Kurds and the Spectre of their Neighbours», Authors' Workshop Federalism and Conflict Resolution (Eva Maria Belser)
06.06., Bolzane (Italie)	«Stateless Nations and Federal Projects: Attempts and Failures to accommodate the Kurds in Iraq and Syria», Summer Institute Bozen: Negotiating and Sharing Power(s): Autonomy, Recognition and Cooperation (Eva Maria Belser)
12.06., Sarajevo (Bosnie-Herzégovine)	«Legacies of the Past, Burdens of the Present, Liabilities for the Future – Constitutional Safeguards to Be and Remain Different», exposé lors de la conférence de l'IPSA sur le thème «Diversity and Democratic Governance» (Eva Maria Belser)
13.06., Sarajevo	«Federalism as a Tool of Conflict Resolution – Bosnia in Comparative Perspective», table ronde, IPSA Conference (Eva Maria Belser)

14.06., Sarajevo	« Policy Issues in Deeply Divided Societies », exposé lors de la Conférence de l'IPSA sur le thème « Diversity and Democratic Governance » (Eva Maria Belser)
18.06., Berne	« Ältere Menschen und Grundrechte: Praxisfälle einer Ombudsstelle aus Pflege und Betreuung », Les droits de l'homme en Suisse ; mise en oeuvre au niveau de la Confédération, des cantons, des villes et des communes (Eva Maria Belser)
20./21.06., Melbourne (Australie)	« The Legal Concept of Cities in the Context of Swiss Federalism », exposé dans le cadre de Workshops sur le thème « Cities in Federal Theory », organisé par l'University of Melbourne Law School (Florian Bergamin)
25.06., Berne	« Die Bedeutung der ILO für Schweizer Arbeitnehmende », 100 ans de succès pour les employés, International Labour Organisation (ILO) (Eva Maria Belser)
27.06., 28.06., Lucerne	« Verwaltungstätigkeit und Verwaltungsverfahren » et « Wiedererwägung und Revision », exposés dans le cadre des Zentralschweizer Praktikantenkurse, organisés par la Stiftung für Rechtsausbildung (Bernhard Waldmann)
01.07., Fribourg	« The Federalism World Tour », « What is Federalism? Switzerland as an example », présentations dans le cadre de la visite du YMCA Jerusalem Youth Chorus (Nicolas Schmitt)
03.07., Dorigny, Lausanne	« Direct Democracy: the Swiss Example », présentation lors de la World Science Journalists Conference, Swiss Science Lounge (Nicolas Schmitt)
06.-7.07., Nay Pyi Taw (Myanmar)	« Local Government and Federalism » et « Case Studies: Challenges of local governance – what works and what does not work », exposé et débat d'experts, lors du Forum on Accountable and Representative Local Governance in Myanmar, organisé par le Democracy Reporting International (DRI), Danish Institute for Parties and Democracy (DIPD) und Hanns Seidel Foundation (Thea Bächler)
08.07., Phaunggyi (Myanmar) et 22.07., Zeepingyi (Myanmar)	« Introduction to Constitutions and Federal Ideas », UCSB Executive Level Officials Management Course sur le thème « Law and Political Science: Federalism, Regionalism and Decentralization », organisé par la Hanns Seidel Foundation (Thea Bächler)
09.07., Phaunggyi et 23.07., Zeepingyi	« Federalism in Europe: Germany and Switzerland », UCSB Executive Level Officials Management Course sur le thème « Law and Political Science: Federalism, Regionalism and Decentralization », organisé par la Hanns Seidel Foundation (Thea Bächler)
10.07., Phaunggyi et 24.07., Zeepingyi	« Basics on Fiscal Federalism & Fiscal Constitutions Compared », UCSB Executive Level Officials Management Course sur le thème « Law and Political Science: Federalism, Regionalism and Decentralization », organisé par la Hanns Seidel Foundation (Thea Bächler)
12.07., Phaunggyi et 25.07., Zeepingyi	« Fundamental Rights in Federal and Multilevel Countries », UCSB Executive Level Officials Management Course sur le thème « Law and Political Science: Federalism, Regionalism and Decentralization », organisé par la Hanns Seidel Foundation (Thea Bächler)

26.–29.07., Nay Pyi Taw (Myanmar)	«Local Government in Federal Systems», Myanmar Federalism Leadership Programme, organisée par la Hanns Seidel Stiftung München (Eva Maria Belser)
01.08., Nay Pyi Taw	«Designing Local Government in Federal Systems», Myanmar Federalism Leadership Programme, organisé par la Hanns Seidel Stiftung München, (Eva Maria Belser)
13.08., Singapour	«Pluralism and Regional and Local Governance in Europa», National University of Singapore, LoGov Seminar (Eva Maria Belser)
13.–14.08., Canterbury (Angleterre)	«Comparing Federal Systems and Federations», «Federalism in the German-speaking world (with an unavoidable glimpse at USA)», Politics Summer School, organisée par la Canterbury Christ Church University's (CCCU) Politics et International Relations programme and the Centre for European Studies (CEFEUS) (Nicolas Schmitt)
30.08., Lucerne	«Religiöse Privatschulen im Spannungsfeld zwischen Privatschulfreiheit und Recht auf ausreichenden Grundschulunterricht», exposé lors des Netzwerktagung Privatschulen und Privatunterricht/Homeschooling der kantonalen Volksschulämter (Andreas Stöckli et Marina Piolino)
04.09., Lucerne	«Zum Sinn und Wesen des Föderalismus», exposé lors de la journée «Föderalismus und Strafverfolgung – mit welcher Zukunft?», organisée par la Staatsanwaltschaftsakademie (Bernhard Waldmann)
06.09., Berne	«Religionsfreiheit versus Nichtdiskriminierung – Hat der Staat für Nichtdiskriminierung innerhalb der Religionsgemeinschaften zu sorgen und kann er das überhaupt?», Journée du jubilé des 40 ans de l'Institut de droit des religions, Université de Fribourg (Eva Maria Belser)
08.09., Sarajevo	«Motive für vertikale Gewaltenteilung», Workshop pour les membres du Comité constitutionnel syrien (Eva Maria Belser)
13.09., Fribourg	«Staatsrecht», exposé lors de la journée des Alumni Ius FRILEX organisée par l'association Alumni Ius FRILEX, Université de Fribourg (Eva Maria Belser)
13.09., Fribourg	«Rechtsprechung zum Verwaltungsrecht», exposé lors de la journée des Alumni Ius FRILEX organisée par l'association Alumni Ius FRILEX, Université Fribourg (Andreas Stöckli)
13.09., Fribourg	«Aktuelle Urteile zum Verwaltungsverfahren», bref exposé lors de la journée des Alumni Ius FRILEX de l'Université de Fribourg, organisée par l'association Alumni Ius FRILEX, Université de Fribourg (Bernhard Waldmann)
20.09., Stellenbosch (Afrique du Sud)	«Why the Turn to Global Constitutionalism at the WTO harms African Constitutionalism», 7th Stellenbosch Annual Seminars on Constitutionalism in Africa (SASCA) (Eva Maria Belser)
20.09., Schönenwerd	«Perspektiven des Föderalismus – mit einem Seitenblick auf den Bereich der sozialen Sicherheit», exposé lors de la Conférence des offices AI (COAI) sur le thème «Föderalismus vs. Zentralstaat: Ist Verschiedenartigkeit in der Einheit Trumpf?» (Andreas Stöckli)

09.10., Fribourg	« Interdisziplinäre Perspektiven auf die Kinderrechte: Fremdplatzierungen des 20. Jahrhunderts und Kinderrechte in der Schweiz », exposé dans la série de conférences organisées lors des 30 ans de la Convention de l'ONU relative aux droits de l'enfant (Liliane Minder)
14.10., Bozen (Italie)	EURAC Scientific Committee Meeting (Eva Maria Belser)
16.-20.10., Speyer (Allemagne)	« The Principle of Subsidiarity in the 21 st century – Are we Faced with a New Area of Localism », présentation lors de la conférence 2018 de l'International Association of Centers for federal studies (IACFS) (Eva Maria Belser)
25.10., Colombo (Sri Lanka)	Keynote Speech Book Launch «Devolution for Development and Harmony: The International Experience» (Eva Maria Belser)
25.10., Colombo	« Models of Power Sharing », exposé à l'Université de Colombo (Eva Maria Belser)
26.10., Colombo	Collaboration au National Seminar on Devolution (Eva Maria Belser)
28.10., Jaffna (Sri Lanka)	« Constitutional Safeguards for Units of Power-Sharing », University of Jaffna, Department of Law (Eva Maria Belser)
28.10., Jaffna	« Pros and cons of the 13 th Amendment to the Constitution of Sri Lanka », Lunch Meeting with Governors (Eva Maria Belser)
28.10., Jaffna	« Exploring Options for Power Sharing in Ethnically Polarised Societies », Civil Society meeting at Chelvanayagam Centre (Eva Maria Belser)
30.10., Male (Maldives)	Rencontres avec Mohamed Aslam, Minister of national Planning and Infrastructure, avec le Président Mohamed Nasheed, Speaker, avec Ibrahim Ameer, Minister of Finance, le Conseil de Ville de Male, avec Transparency International, Aiman Rasheed, organisées par le DFAE, Division de la Sécurité humaine et l'ambassade de Suisse à Colombo (Eva Maria Belser)
30.10., Fribourg	« Arme Kinder in der reichen Schweiz », exposé dans le cadre de la série de conférences « Interdisziplinäre Perspektiven auf die Kinderrechte », organisées par Dr. Gisela Kilde, Université de Fribourg (Thea Bächler)
31.10., Male	Rencontres avec Mr. Mohamed Shafeeg Mahmood, Chief Executive Officer of the local Government Authority, avec des membres du Parlement, avec Ferdinand von Habsburg et Shamha, UNDP, organisées par le DFAE, Division de la Sécurité humaine et l'ambassade de Suisse à Colombo (Eva Maria Belser)
06.11., Morat	« Bye-bye Demokratie – Die starken Männer sind zurück », Café scientifique en collaboration avec Prof. Gilbert Casarus et Prof. Mark Schelker (Eva Maria Belser).
09-10.11., Guangzhou (Chine)	The Second International Conference on Reform of State Governance and Rule of Law, South China Normal University (SCNU), Faculty of Law: (a) Opening speech; (b) The Economic Constitution of Switzerland, Presentation (Peter Hänni)

12.11., Guangzhou	«The European Union: Institutional Set Up and Functioning», exposé, SCNU, Faculty of Law (Peter Hänni)
13.11., Guangzhou	«German and French Administrative Systems: A Comparison», exposé, SCNU, Faculty of Law» (Peter Hänni)
13.11., Guangzhou	«The Economic Constitution of Switzerland», exposé, Guangdong University for Foreign Studies (Peter Hänni)
14.11., Guangzhou	«Fiscal Federalism: The Swiss Tax System between Equality and Autonomy», exposé, SCNU, Faculty of Law (Peter Hänni)
14.11., Berne	«Comparaison entre systèmes fédéraux et systèmes décentralisés», «Suisse: fédéralisme et répartition des compétences», Cours sur la bonne gouvernance et la migration pour diplomates camerounais (GCSP) (Nicolas Schmitt)
18.11., Addis Abeba (Ethiopie)	«Concepts of States», PhD Seminar, Center for Federalism and Governance Studies, University of Addis Abeba (Eva Maria Belser).
18.11., Addis Abeba	«Concepts of Power-Sharing», Center for Federalism and Governance Studies, University of Addis Abeba (Eva Maria Belser).
18.11., Salzburg (Autriche)	«Fiscal Federalism in Switzerland», exposé lors du Workshop Comparative Fiscal Federalism, Université de Salzburg (Centre of European Union Studies) (Andreas Stöckli)
18.11., Fribourg	«The Creation of a New Canton: Jura», exposé dans le cadre d'un Study Tour for Governor of the Philippines (Liliane Minder et Simon Mazidi)
19.11., Fribourg	«Die Fremdplatzierung von Kindern und Jugendlichen in einer interdisziplinären Perspektive», exposé lors du cours «Verdingkinder als Stiefkinder der Geschichte: Aufarbeitung und Entschädigung», Faculté de phil.-hist., Université de Fribourg (Liliane Minder)
19.11., Addis Abeba	«Federalism as an Instrument of Conflict Resolution», Center for Federalism and Governance Studies, University of Addis Abeba (Eva Maria Belser).
19.11., Addis Abeba	«Federalism and the Protection of Minorities within Minorities», Center for Federalism and Governance Studies, University of Addis Abeba (Eva Maria Belser).
22.11., Addis Abeba	Participation au Symposium sur «Federalism and Language Policy for a Multi-Lingual Polity», exposé «States, Laws and Languages: The Challenge of Multilingual Governance» (Eva Maria Belser)
22.11., Berne	«Airbnb aus verwaltungsrechtlicher Perspektive», exposé lors de la Journée de l'Institut suisse de droit comparé (ISDC) sur le thème «Airbnb and the Law: New developments in short-term rentals» (Andreas Stöckli)
27.11., Loccum (Allemagne)	«Verfassung und Verfassungsgebung», Workshop pour les membres du Comité constitutionnel syrien (Eva Maria Belser).

27.11. Fribourg	«Einführung in das Asylrecht», exposé dans le cadre des Quali+ Programmes «Rechtswissenschaft für Nichtjuristen», Université de Fribourg (Simon Mazidi)
28.11., Morat	«Normtypen», exposé lors du Murtner Gesetzgebungsseminar II, rédaction législative, organisé par l'Institut du Fédéralisme (Bernhard Waldmann)
28.11., Morat	«Aufbau und Systematik von Erlassen», conférence lors des Murtner Gesetzgebungsseminar II: Rédaction législative, en collaboration avec la Chancellerie fédérale et l'Office fédéral de la Justice (Peter Hänni)
06.12., Berne	«Das Abstammungsrecht und die Grundrechte», commission d'expert sur le droit de la filiation (Eva Maria Belser).
10. – 11.12., Kalaw (Myanmar)	«Human Security and Good Governance», «Governance and Public Management», «Governance in Federal States», présentations dans le cadre du cours «Advanced Course on Governance and Human Security», organisé par l'ambassade Suisse, (Nicolas Schmitt)
11.12., Fribourg	«Kinder und das Individualbeschwerdrecht – Papiertiger oder brauchbares Instrument?», exposé dans le cadre de la série de conférences «Interdisziplinäre Perspektiven auf die Kinderrechte», organisées par Dr. Gisela Kilde, Université de Fribourg (Simon Mazidi)
12.12., Lucerne	«Nebenbeschäftigungen im öffentlichen Dienst – was erlaubt ist und was nicht», exposé lors de la «Tagung zum öffentlichen Personalrecht», Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis, Université de St-Gall (Andreas Stöckli)
12.12., Lucerne	«Religiöse Bekleidungs Vorschriften im öffentlichen Dienst – verfassungsrechtliche Aspekte», exposé lors de la «Tagung zum öffentlichen Personalrechts», Institut für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis, Université de St-Gall (Elisabeth Joller)
18.12., Fribourg	«Sozialversicherungsrecht», exposé dans le cadre des semaines intensives IUR I, Université de Fribourg (Thea Bächler)
20.12., Cracovie (Pologne)	Séminaire sur la démocratie directe et le fédéralisme, organisé par l'Ambassade suisse avec l'association polonaise «Social contract Incubator» (Nicolas Schmitt)

Impressum :

Institut du Fédéralisme
Av. Beauregard 1
CH-1700 Fribourg
Tél. +41 (0) 26 300 81 25
E-Mail : federalism@unifr.ch
<http://www.federalism.ch>

Tirage : 400
Rédaction : Institut du Fédéralisme
(Coordination : Jean-Pierre Blickle)
Graphisme : Daniel Wynistorf, Berne
Impression : Canisius SA, Fribourg

2019

